

PERSPEKTIVEN DER ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA

– Konferenzband –

Fachtagung der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und der Andrassy Universität Budapest am
25. April 2013

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
September 2013



Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa

Konferenzband zur gleichnamigen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Andrassy Universität Budapest am 25. April 2013

Eigenverlag

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Batthyány u. 49.
1015 Budapest

Herausgeber

Prof. Dr. Hendrik Hansen
Frank Spengler
Prof. Dr. Manfred Wilke

Beiträge

Roland Jahn
Prof. Dr. Hendrik Hansen
Dr. Peter März
Prof. Dr. Manfred Wilke
Prof. Dr. Axel Klausmeier
Péter Eötvös

Redaktion

Bence Bauer LL.M.

Lektorat

Bence Csizmadia
Regina Schwarzkopf

Fotos

Balázs Szecsődi

Titelbild

© J. Hohmuth

Dieses Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-963-08-7329-1

www.kas.de/ungarn

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Programm der Konferenz	8
Zwischen Anpassung und Widerspruch. Diktatur begreifen, Demokratie gestalten <i>Roland Jahn</i>	11
Zur Frage des Vergleichs von Nationalsozialismus und Kommunismus <i>Prof. Dr. Hendrik Hansen</i>	20
Erinnerungen an den Nationalsozialismus in Deutschland <i>Dr. Peter März</i>	29
Wie 1989 alles begann... <i>Prof. Dr. Manfred Wilke</i>	40
Die Grenze in der deutschen Erinnerungskultur <i>Prof. Dr. Axel Klausmeier</i>	50
Erinnerungskultur in Ungarn – Erinnerung an den Kommunismus <i>Péter Eötvös</i>	62
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	67

Vorwort

Die Erinnerung an die Verbrechen von Kommunismus und Nationalsozialismus erfolgt in den europäischen Staaten vorwiegend aus einer rein nationalen Perspektive. Die deutsche Auseinandersetzung konzentriert sich fast ausschließlich auf die eigene Nation, was vor allem beim Nationalsozialismus aus diplomatischer Perspektive verständlich ist – die Hervorhebung der französischen, britischen oder auch ungarischen Begeisterung für den Nationalsozialismus könnte in Deutschland als eine Ablenkung von der eigenen Schuld erscheinen. Doch für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist dies abträglich, denn wenngleich Deutschland (mit Österreich) das Ursprungsland ist, war doch die Begeisterung für diese Ideologie nicht auf diese beiden Länder begrenzt; vielmehr fand sie in vielen europäischen Ländern Anhänger.

Während man den nationalen Fokus beim Nationalsozialismus aus den genannten Gründen noch verstehen kann, ist er beim Kommunismus gänzlich unverständlich: Der Kommunismus wurde sowohl in der sowjetischen Besatzungszone im Osten Deutschlands als auch in Ungarn von der UdSSR mit Gewalt durchgesetzt. Die Menschen in diesen Ländern waren zwar am Aufbau der Regime nicht unbeteiligt – in Deutschland muss man hinzufügen, dass dort die zugrundeliegende Ideologie des Marxismus seinen Ursprungsort hat – doch die Geschichte der DDR und Ungarns nach 1945/49 lässt sich nicht losgelöst von derjenigen der UdSSR betrachten.

Zudem erschöpft sich die europäische Dimension der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht in der Berücksichtigung dieser „sowjetischen Dimen-



sion“ der Geschichte. Vielmehr muss hier – wie auch beim Nationalsozialismus – die Frage aufgeworfen werden, wie es dazu kam, dass eine so große Zahl von Menschen unter den Bedingungen einer freiheitlichen Gesellschaft zu Anhängern der Ideologie werden konnte. Hier sind auch die zahlreichen Intellektuellen in Westeuropa zu erwähnen, die im Zuge der 68er-Bewegung in Ansehung der Zustände in Osteuropa Anhänger des Kommunismus waren. Ähnliches gilt – auch wenn das heute weniger bekannt ist – für den Nationalsozialismus: Viele Intellektuelle in Europa bewunderten den Nationalsozialismus, zumindest solange seine Niederlage nicht absehbar war.

Es bedarf also – und zwar nicht zur Relativierung der nationalen Schuld, sondern zum besseren Verständnis der Geschichte – einer europäischen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit. Zur Förderung einer solchen Auseinandersetzung fand am 25. April 2013 eine Tagung zum Thema „Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa“ statt, die das Budapester Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit Prof. Dr. Hendrik Hansen und Prof. Dr. Manfred Wilke an der deutschsprachigen Andrassy Universität Budapest durchgeführt hat. Die Idee zu dieser Tagung entstand im Rahmen einer Konferenz, die Minister a. D. Hans Kaiser im Juli 2012 im westungarischen Sopron ausrichtete – dem Ort, in dessen unmittelbarer Nähe während des paneuropäischen Frühstücks am 19. August 1989 die ungarische Grenze von DDR-Flüchtlingen in Richtung Westen durchbrochen wurde. Mit diesem Ereignis war – auch wenn das damals, im August 1989, nur wenige ahnten – symbolisch der Eiserne Vorhang gefallen: Ungarn öffnete Anfang September 1989 seine Grenzen, und von nun an konnten alle DDR-Bürger frei aus Ungarn ausreisen. Der Fall der Berliner Mauer war die logische Konsequenz dieser Ereignisse, mit denen die europäische Dimension des Zusammenbruchs des Kommunismus deutlich wird.

Der vorliegende Band enthält ausgewählte Referate der Tagung „Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa“ und befasst sich mit der deutschen, ungarischen und europäischen Perspektive auf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Die deutschsprachige Andrassy Universität Budapest, an der die Tagung stattfand, sieht es als ihre besondere Aufgabe, eine Brücke zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn, zwischen Westeuropa und Osteuropa zu errichten, um damit auch das Gespräch über eine gemeinsame, europäische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu fördern.

Unser Dank gilt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Andrassy Universität Budapest und der Konrad-Adenauer-Stiftung, die durch ihr großes Engagement einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Tagung und zu dieser Publikation geleistet haben. Stellvertretend für alle sei an dieser Stelle Bence Bauer, Mitarbeiter des Budapester Büros der Konrad-Adenauer-



Stiftung, Tim Kraski, Mitarbeiter von Prof. Hansen an der Andrassy Universität Budapest, und Tekla Gaál, der Geschäftsführerin des Donauinstituts an der Andrassy Universität Budapest für die in jeder Hinsicht vorzügliche und angenehme Zusammenarbeit gedankt.

Budapest / Berlin, den 22. September 2013

*Hendrik Hansen
Frank Spengler
Manfred Wilke*

PERSPEKTIVEN DER ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA

Fachtagung der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und der Andr assy Universit t Budapest
am 25. April 2013

PROGRAMM

10.00-10.15 Uhr | Begr uung

Frank Spengler, Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest
PD Dr. Hendrik Hansen, Andr assy Universit t Budapest
Prof. Dr. Manfred Wilke, Professor f r Soziologie, Berlin

10.15-12.15 Uhr | Panel 1: Der Vergleich des Stellenwertes von Nationalsozialismus und Kommunismus in der deutschen und ungarischen Erinnerungskultur

Moderation: Prof. Dr. Manfred Wilke (Professor f r Soziologie, Berlin)

Impulsreferate von: Prof. Dr. Hans-Joachim Veen (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg)

Dr. Kriszti n Ungv ry (Historiker, Budapest)

PD Dr. Hendrik Hansen (Professur f r Politikwissenschaft, Andr assy Universit t Budapest)

anschließend: Diskussion

13.15-15.00 Uhr | Panel 2: Die Erinnerung an Nationalsozialismus und Faschismus

Moderation: Hans Kaiser (Minister a.D.)

Impulsreferat von: Dr. Peter M rz (Bayerisches Staatsministerium f r Unterricht und Kultus, M nchen)

15.30-17.30 Uhr | Panel 3: Die Erinnerung an den Kommunismus

Moderation: PD Dr. Hendrik Hansen (Professur für Politikwissenschaft, Andrassy Universität Budapest)

Impulsreferate von: Prof. Dr. Axel Klausmeier (Direktor der Gedenkstätte Berliner Mauer)

Péter Eötvös (Leiter der Arbeitsgruppe „Verbrechen des Kommunismus“, KDNP)

Prof. Dr. Manfred Wilke (Professor für Soziologie, Berlin)

anschließend: Diskussion

18-20 Uhr | Panel 4: Politik und Erinnerungskultur

Moderation: Dr. Peter März (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München)

Vortrag von Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik): Die Prägung der Gesellschaft durch Diktaturerfahrung.

anschließend: Podiumsdiskussion mit

Prof. Dr. Attila Horvath (Professor für Rechtsgeschichte, ELTE/PPKE Budapest) – PD Dr. Csaba Szabó (stv. Direktor des Collegium Hungaricum Wien)



Roland Jahn

ZWISCHEN ANPASSUNG UND WIDERSPRUCH. DIKTATUR BEGREIFEN, DEMOKRATIE GESTALTEN

Freiheit muss man sich nehmen.

Es gab Zeiten, da gehörte Mut dazu, sich mit anderen Gleichgesinnten in einen Saal zu begeben. Die Freiheit der Versammlung zu nutzen.

Ja, das vergessen wir oft, weil die Freiheit, das zu tun, was jedem Menschen ein Recht ist, in der Demokratie so normal erscheint.

Ich möchte heute über das Leben in der zweiten deutschen Diktatur sprechen, über das Leben in der DDR.
Ein Leben zwischen Anpassung und Widerspruch.

Und ich möchte im zweiten Schritt zu der Frage kommen, warum Aufarbeitung von Unrecht so wichtig ist.

Fast 30 Jahre habe ich in einem Land gelebt, in dem die freie Ausübung von Bürgerrechten nicht möglich war. Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Freiheit der Presse – sie alle unterlagen dem Willen einer einzigen Partei und ihrem absoluten Drang zum Machterhalt.

Freiheit muss man sich nehmen.

Das war nicht so einfach in der DDR. Denn es war ein Leben in der Diktatur.

Es war ein Land, in dem alles kontrolliert wurde. Ja, das ganze Volk war eingesperrt, hinter einer Mauer. 40 Jahre lang wurde es entmündigt, um den Machtanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der SED, durchzusetzen. Zwei Generationen lang haben Menschen dieses Land konkret erlebt.

Wie war es möglich, dass Menschen so lange in Unfreiheit gehalten wurden? Warum hat die Diktatur so lange funktioniert?

Und was hieß das ganz konkret für die Menschen, hinter der Mauer im realen Sozialismus zu leben?

Es war ein Leben zwischen Anpassung und Widerspruch.

Mitmachen oder verweigern, anpassen oder widersprechen. Das sind Fragen, vor denen viele von uns, auch ich, in der DDR fast täglich standen.

Ich erinnere mich an den November 1976. Ich war Student der Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Im Seminar „Wissenschaftlicher Kommunismus“ übte ich Kritik an der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann, die kurz zuvor erfolgt war. Wolf Biermann, dessen kritische Texte dem Staat DDR nicht passten.

Als ich meine Meinung im Seminar ganz offen sagte, ahnte ich nicht, dass der Seminarleiter an der Uni ein Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war. Er erstattete Bericht über das, was ich sagte.

Die Folge: Gegen mich begann ein Kesseltreiben betrieben von SED-Funktionären und Staatssicherheit. Die Universitätsleitung beschloss, mich aufgrund meiner Meinungsäußerung wegen „Gröblicher Verletzung der Studiendisziplin“ zu exmatrikulieren.

Damit dieser Akt demokratisch legitimiert erscheint, wurde eine Abstimmung in der Seminargruppe anberaumt.

Am Abend vor der Abstimmung saß ich mit meinen Freunden aus dem Seminar in einer Kneipe.

Wir tranken Bier und diskutierten. Sie klopfen mir auf die Schulter und sagten: „Roland, das wird schon. Roland, wir stehen zu dir.“

Am nächsten Tag, keine 20 Stunden später, dann die Abstimmung. Das Ergebnis: 13:1 -- gegen mich. Das Ende meines Studiums war besiegelt.

Nach der Abstimmung kamen meine Kommilitonen einzeln zu mir. „Du musst verstehen, Roland, meine Frau bekommt ihr zweites Kind. Ich kann nichts riskieren.“ Sagte einer.

„Es tut mir leid, aber mein Vater ist in herausgehobener Position. Ich kann ihn doch nicht gefährden.“ Sagte ein anderer.

Erklärungen. Ausflüchte. Entschuldigungen.

Ich habe sie alle verstanden. Denn ich wusste Bescheid. Auch ich hatte mich ja jahrelang in vielen Situationen angepasst an die Vorgaben des SED-Staates. Auch ich war mal ein Rädchen, was sich drehte im Mechanismus der Diktatur.

„Seid bereit – immer bereit“ – So begrüßte auch ich im Chor der Thälmann-Pioniere die Lehrer in der Schule.

Ich erinnere mich, wie ich in der 8. Klasse am 1. Mai 1968 im Blau-Hemd der Freien Deutschen Jugend mitmarschierte, an der Ehrentribüne der SED-Kreisleitung Jena vorbei.

Ich machte mir keine Gedanken über das Für und Wider. Ich marschierte mit. Und so ging das weiter.

Der Grundwehrdienst war Pflicht, und so leistete ich ihn ab, bei der Bereitschaftspolizei in Rudolstadt in Thüringen. Nicht freiwillig, aber ich war dabei.

Stationen eines typischen DDR-Kindes, in den vorgeschriebenen Bahnen.

Ich wollte dabei sein, nicht ausgegrenzt sein. Ich wollte ein glückliches Leben führen in Schule und Familie.

Und so nahm ich auch Rücksicht auf die Menschen, die mir lieb sind im Leben.

Zum Beispiel auf meinen Vater. Im VEB Carl Zeiss Jena, dem volkseigenen Betrieb Carl Zeiss Jena, hatte er als Ingenieur an der Entwicklung der Weltraumkamera mitgearbeitet, mit der Siegmund Jähn, der gefeierte DDR-Kosmonaut, ins All flog.

Mein Vater machte mir öfter deutlich, dass er Schwierigkeiten im Betrieb bekommt, wenn ich in der Schule – oder später an der Uni – widerspräche.

Er habe mit seiner Hände Arbeit, ohne SED-Mitgliedschaft, seine berufliche Existenz geschaffen. Das solle ich doch nicht gefährden, für ein kleines Stück Meinungsfreiheit. Es gehe schließlich um das Glück der ganzen Familie.

Und so habe ich manches Mal den Mund gehalten, statt meine Meinung offen zu sagen.

Anpassen oder widersprechen. Fast täglich musste ich mich entscheiden. Widersprechen, nein sagen, das war eben nicht so einfach in der DDR. Man konnte nicht berechnen, was das für Folgen hatte, Folgen für einen selbst, Folgen für die Familie.

Willkür, Sippenverfolgung, das System der Angst. Dem konnte man sich nicht einfach entziehen. Selbst wenn man jung und leicht rebellisch war.

Es brauchte Anlässe, manchmal außergewöhnliche Ereignisse, um die Angst zu verlieren. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs hat dies „Das Ende einer Feigheit“ genannt.

Meine Feigheit hatte ein Ende, als mein Freund Matthias Domaschk aus Jena im April 1981 in einem Verhör in der Stasi-Haft zu Tode kam. Er war gerade mal 23 Jahre alt.

Der Tod von Matz, wie wir ihn nannten, war Einschüchterung und Ansporn zugleich. Mein Mittel gegen die Angst hieß jetzt: keine faulen Kompromisse mehr.

Hilfreich dabei war, dass mein Vater in jenem Jahr Invalidenrentner wurde. Ich hatte nicht mehr das Gefühl, auf seine berufliche Stellung Rücksicht nehmen zu müssen.

Und so wurden meine Aktionen mutiger. Ich sagte meine Meinung nicht mehr nur in Diskussionen hinter verschlossenen Türen, sondern auf der Straße, mit öffentlichen Demonstrationen.

Im September '82 zog die Stasi mich daraufhin aus dem Verkehr und verhaftete mich. Der Anlass: Ein kleines polnisches Papierfähnchen an meinem Fahrrad, mit dem Schriftzug der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc. Das war für die Stasi „Missachtung staatlicher Symbole“. So hieß die angebliche Straftat, formuliert im § 222 des Strafgesetzbuches der DDR.

Nach Monaten in der Einzelhaft war ich kurz vor dem Zusammenbruch. Die Stasi-Vernehmer drohten mir, dass ich meine dreijährige Tochter ein paar Jahre nicht sehen werde.

Als sie mir dann Fotos von ihr vorlegten, rollten mir die Tränen. Die Stasi-Vernehmer saßen daneben und amüsierten sich feixend.

Und die Angst vor der Sippenhaft wurde zur Realität. Weil sein Sohn seine Meinung nicht verschwieg und deswegen ins Gefängnis gesperrt wurde, hat man meinem Vater sein Lebenswerk genommen. Fußball - das war sein Leben.

Als Leiter der Nachwuchsabteilung hatte er mit Herz und Leidenschaft den Fußballclub Carl Zeiss Jena mit aufgebaut. Das war für ihn ein Ersatz für den zerstörten Traum vom Fußballer, zerstört als er im 2. Weltkrieg ein Bein verlor.

Einst für seine Verdienste zum Ehrenmitglied Nummer 1 ernannt, wurde er mit Vollzug der Sippenhaft eiskalt aus dem Fußball-Club geworfen.

Für meinen Willen, mir ein Stück Freiheit zu nehmen, mussten somit auch andere bezahlen.

Als mir das bewusst wurde, habe ich mich im Gefängnis schon gefragt, ob mein Weg des offenen Widerspruchs der richtige ist. Ob die Freiheit der Meinung das wert ist.

Ich hatte Glück. Öffentliche Proteste in Ost und West haben für meine vorfristige Freilassung gesorgt und mir neue Kraft gegeben.

Ich weiß nicht, wie es ausgegangen wäre, wenn ich mein Strafmaß von 22 Monaten hinter Gittern hätte absitzen müssen. Ich weiß nicht, ob ich die Kraft gehabt hätte, weiter aus dem System der Angst auszubrechen.

Aber damals, frisch aus dem Gefängnis entlassen, mit der Unterstützung aus dem Westen, fühlte ich mich stark genug, um weiterzumachen. Zu widersprechen. Meine Meinung auf die Straße zu tragen.

„Schwerter zur Pflugscharen“. Das stand auf den Plakaten, die ich im Mai '83 mit meinen Freunden aus der unabhängigen Friedensgruppe durch die Straßen von Jena trug.

Eine Demonstration für Frieden und Abrüstung, gegen die eigentlich niemand etwas haben konnte. Dennoch wurden wir von Stasi-Mitarbeitern auseinander geprügelt und die Plakate zerrissen. Unabhängige Gedanken in der Öffentlichkeit wurden nicht geduldet.

Kurze Zeit später, im Juni 1983, schlug die Stasi wieder zu. Dieses Mal sperrte man mich nicht ein, sondern aus.

Unter einem Vorwand wurde ich in Jena auf das Wohnungsamt bestellt. Dort teilten mir die Genossen vom Rat der Stadt Jena mit, dass ich mit sofortiger Wirkung aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen sei und des Landes verwiesen werde.

Den Rest des Abtransportes überließen sie der Polizei und den Männern von der Staatssicherheit.

In Hemd und Hose, mit Knebelketten gefesselt wurde ich zum Grenzbahnhof Probstzella, an der Grenze zu Bayern, gebracht.

Mir gingen in diesem Moment viele Gedanken durch den Kopf:

Ich will doch gar nicht weg!

Das können die doch nicht so mit mir einfach machen!

Was ist mit meinen Eltern?

Umringt von einer Horde Stasi-Mitarbeiter wollte ich wissen, warum diese Männer mich wie ein Stück Frachtgut in den Zug werfen.

Warum diese Männer mich gegen meinen Willen aus der Heimat wegbringen. Weg von meinen Freunden, weg von meiner Familie.

Ich fragte den Polizisten, der mich bewachte: Was würden Sie dazu sagen, wenn das hier mit Ihrem Sohn gemacht würde?

Eine Antwort bekam ich nicht, stattdessen zog er die Knebelketten noch fester an. Und ich konnte nur noch schreien.

Diesen Moment habe ich nie vergessen.

Zwei Menschen in einer extremen Situation.

Ich wollte erkennen, wie dieser Mensch denkt, der mir das antut, und ob er noch fühlen kann, wie ein Vater, der seinen Sohn liebt.

Mein Appell an seine Menschlichkeit aber hat ihn nur verhärtet. Er hat dicht gemacht. Wollte sich in dem Moment der Verantwortung für sein Tun nicht stellen. Mir keine Schwäche zeigen. Nicht daran denken, dass er jemandem Unrecht antut.

Was ging in seinem Kopf vor?

Warum hat er das getan?

Warum hat er mitgemacht?

Antworten auf die Fragen habe ich von dem Polizisten nie bekommen. Ich weiß nicht, wo er ist, ob er noch lebt, ob er sich an diesen Moment erinnert.

Aber ich weiß, dass die Antworten auf diese Fragen für mich, und vielleicht auch für Sie, heute, hier und jetzt von großer Bedeutung sind.

Mitmachen oder verweigern? Anpassen oder widersprechen? Wer entscheidet wie, wann und in welcher Situation?

Freiheit muss man sich nehmen, sonst kommt sie nie. Aber wie sollte man das machen, angesichts der Allmacht von SED und Staatssicherheit?

Die Angst – das war der Kitt der Diktatur. Das Mittel, das die Diktatur zusammen hielt.

Die Masse der Menschen passte sich den Regeln des herrschenden politischen Systems an. Sie wurden zu Mitläufern.

Ergebnisadressen an die SED gehörten zum Alltag wie das Zähneputzen. In den Schulen, in den Universitäten, in den Betrieben.

Das ist halt so – war die gängige Formel. Diplomarbeiten, Doktorarbeiten und selbst Schulaufsätze wurden mit Zitaten des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker garniert.

Man bildete sich ein, dass man es müsste.

Anpassen, obwohl man eigentlich dagegen ist. Bei den Wahlen die Kandidaten der „Nationalen Front“, auf einer Einheitsliste präsentiert, abnicken, obwohl man sie gar nicht wählen wollte. Freie Wahlen waren das nicht. Aber prote-

stieren wollte auch keiner. Hauptsache nicht auffallen. Das könnte Nachteile bringen.

Doch auch in der DDR konnte sich jeder Einzelne ein kleines Stück Freiheit nehmen, ohne einen zu hohen Preis zu zahlen. Denn es kostete nicht das Leben, wenn man sich verweigerte. Es kostete nur das Wohleben, und oft nicht mal das.

Der einzige Kommilitone, der zu mir hielt, bei der Abstimmung über meinen Rauswurf, konnte ohne Probleme weiterstudieren und seinen Abschluss machen. Die Frage nach dem eigenen Verhalten in der Diktatur ist eine Frage von Werten, von Anstand und Gewissen.

Diese Vergangenheit aufzuarbeiten heißt, in der Gegenwart mit dieser Vergangenheit umgehen und nicht so tun, als ob nichts gewesen ist. Vergessen oder verdrängen befreit nicht von der eigenen Verantwortung, egal wie lange es her ist.

Deshalb ist es wichtig, dass sich jeder selbst hinterfragt. Jeder muss für sich bewerten, wann er ja oder nein gesagt hat, wann er sich angepasst oder widersprochen hat.

Wo ist der Polizist, der die Knebelkette anzog? Wo sind die Studenten, die meine Exmatrikulation besiegelten? Wo sind die Sportfunktionäre, die meinem Vater das Lebenswerk zerstörten?

Auf mich sind sie nicht zugekommen. Aber sie sind mitten unter uns. Und das ist auch gut so. Ich bin froh, dass ich in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat lebe, der das möglich macht.

Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie gilt für alle. Für die, die Diktatur bekämpft haben, für die, die sich angepasst haben und auch für die Täter des Unrechtsstaates. Das ist der Vorteil des Rechtsstaates.

Jeder soll eine faire Chance bekommen, jeder der bereit ist, sich seiner Verantwortung zu stellen. Doch das tun nur wenige.

Was ich erlebe, ist vielfach die Rechtfertigung des eigenen Handelns und die Beschönigung der Verhältnisse in der DDR.

Die Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Menschen in den Zwängen und Spielräumen der Diktatur ist bei der Aufarbeitung der DDR bisher viel zu kurz gekommen.

Dabei kann der kritische Blick auf die eigene Biografie für jeden Einzelnen auch eine Chance sein. Ob privat, im Beruf oder auch in der Politik. Eine selbstkritische Reflexion kann befreien von der Last des damaligen Verhaltens.

Ich vermisse das Bekenntnis zur Biografie. Bei den Funktionären, aber auch bei den Mitläufern. Ich vermisse das Bekenntnis zur Verantwortung und das Hinterfragen des eigenen Handelns.

Es geht nicht um Abrechnung oder Vergeltung, sondern um Aufklärung. Es geht darum, zu begreifen, wie Diktatur funktioniert.

Und es geht auch darum, zu begreifen, warum es so lange gedauert hat, bis die Menschen die Angst verloren haben. Warum es solange gedauert hat, bis die Menschen sich die Freiheit genommen haben.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Akten der Staatssicherheit genutzt werden. Mit ihnen können wir den Weg der Erkenntnis beschreiten, für Aufklärung sorgen und Verantwortliche benennen.

Transparenz und Aufklärung sind schließlich der beste Weg, einen gesellschaftlichen Diskurs zu führen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Mit der Stasi-Unterlagen-Behörde leistet sich unsere Demokratie eine einzigartige Institution zur Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur nach rechtsstaatlichen Prinzipien.

Das Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde umfasst 111 Kilometer Dokumente. Jeder Meter macht 10.000 Blatt. Es ist das, was von fast 40 Jahren geheimenpolizeilicher Tätigkeit in der DDR sichtbar übrig blieb.

In diesen Akten, die die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit festhalten, finden sich massenweise Dokumente der Verletzung von Menschenrechten. Dieses Archiv ist mehr als ein Archiv - es ist ein Monument der Überwachung und Unterdrückung von Millionen Menschen.

Jeder Vorgang im Regal ist ein Leben, in das sich die Staatssicherheit eingemischt hat. Ist ein Eingriff in eine Biografie, mit dem die Selbstbestimmung genommen und Leid zugefügt wurde. Weil ein Mensch sich nicht der Ideologie des Staates unterordnen wollte oder weil er einfach nur in ein anderes Land reisen wollte.

Diese Akten, mit ihren Inhalten aus Verrat, Überwachung, Haft und Zersetzung, seien Gift für den Beginn einer neuen Gesellschaft, meinten Skeptiker.

Doch dieser gigantische Berg an Papier, von den Bürgerinnen und Bürgern in der friedlichen Revolution 1989 erkämpft, ist eine Beigabe für das vereinte, demokratische Deutschland geworden.

Modellhaft hat es das Stasi-Unterlagen-Gesetz vermocht, eine Grundlage für die Einsicht zu schaffen. Einerseits schützt es Persönlichkeitsrechte und ande-

rerseits löst es den Anspruch ein, staatliches Handeln transparent zu machen. Seit über 20 Jahren schon ist es die nun bewährte Grundlage für den Zugang zu den Akten der Staatssicherheit.

Genutzt werden die Akten auf vielfältige Weise. Zuvorderst dienen sie denen, deren Leben durch die Tätigkeit der Staatssicherheit beeinflusst wurden. Fast zwei Millionen Menschen haben seit 1992 die Aufklärung ihres eigenen Schicksals durch den Blick in die Akten betreiben können.

In den Akten können sie oftmals nachlesen, wie ihr Leben, ihr Schicksal von der Stasi manipuliert wurde. Dass der nicht gewährte Studienplatz ein gezielter Eingriff des Staates war und nicht die fehlende eigene Kompetenz. Dass der geplante Fluchtversuch nicht durch Unachtsamkeit, sondern Verrat misslang. Dass die stete Zurücksetzung im Beruf Folge einer geplanten Ausgrenzung war.

Die Akten dokumentieren aber auch, dass sich Menschen trotz Kontrolle und Repression ihren Freiheitswillen nicht nehmen lassen wollten, dass sie so leben wollten, wie es ihnen gefiel. Sie zeigen, dass es Menschen geschafft haben, angesichts der Übermacht der Böswilligkeit, Anstand und Gewissen zu bewahren und Zivilcourage zu zeigen.

Neben der zentralen persönlichen Akteneinsicht können die Unterlagen aber auch von Forschung und Medien genutzt werden, um die Öffentlichkeit über das Wirken der Staatssicherheit aufzuklären.

Der Zugang zu den Akten ist zudem auch für die Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes oder von Menschen in herausgehobenen gesellschaftlichen Stellungen möglich.

Die Akten werden auch zur Klärung von Rentenangelegenheiten und Rehabilitierungsverfahren herangezogen. Wer wegen der Stasi beruflich behindert wurde oder im Gefängnis saß, kann das oftmals nur amtlich nachvollziehbar in den Unterlagen der Staatssicherheit dokumentieren.

In den Akten der Geheimpolizei kann man im Detail begreifen, wie die Stasi funktionierte. Es ist die beste Voraussetzung, eine Wiederholung dieser Art der Diktatur zu verhindern.

Erkennen, wie es war, wie die zweite deutsche Diktatur funktioniert hat, das hilft, Demokratie zu gestalten.

Je besser wir Diktatur begreifen, umso besser können wir Demokratie gestalten.



Prof. Dr. Hendrik Hansen

ZUR FRAGE DES VERGLEICHS VON NATIONALSOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS

Die Debatte über Kommunismus und Nationalsozialismus ist in Ungarn ein stark vermintes Gelände. Die Fronten verlaufen nicht nur zwischen dem linken und dem rechten Lager, sondern ebenso innerhalb dieser Lager. Die Öffnung der ungarischen Stasi-Akten wird von der jetzigen Koalitionsregierung aus FIDESZ und KDNP abgelehnt, doch es gibt auch eine Reihe konservativer Politiker, die eine solche Öffnung befürworten.¹ Während es bei dieser Frage vielen Beteiligten darum geht, politische Karrieren zu schützen, die in allen ungarischen Parteien durch die Öffnung der Stasi-Akten bedroht wären, wird bei der Auseinandersetzung um die Bewertung des Horthy-Regimes und der Pfeilkreuzler deutlich, dass es im Kern um ein grundsätzlicheres Problem geht – nämlich die Selbstverständigung der ungarischen Nation. Die Bewertung der kommunistischen und der nationalsozialistischen Vergangenheit berührt die Fundamentalfragen einer Gesellschaft von Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, Schuld und Unschuld.

Selten wurde die Bedeutung der Aufarbeitung der Vergangenheit für die Selbstverständigung einer Nation so deutlich wie im deutschen Historikerstreit, den Friedrich Pohlmann

1 Insbesondere die KDNP-Arbeitsgruppe „Verbrechen des Kommunismus“ setzt sich für eine intensivere Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ein.

treffend als „Intellektuellenkampf um die Deutungshegemonie in Deutschland“² bezeichnet hat. Die Verbitterung in der heutigen ungarischen Debatte erinnert an den damaligen Streit in Deutschland, auch wenn er in Ungarn nicht auf einem vergleichbaren intellektuellen Niveau geführt wird. In diesem Streit spielt damals wie heute die Frage der Vergleichbarkeit von Kommunismus und Nationalsozialismus eine zentrale Rolle, und deshalb sollen im Folgenden zwei Anmerkungen zu dieser Frage vorgebracht werden. Zunächst wird auf die Vorbehalte gegenüber diesem Vergleich eingegangen, um sie zu entkräften; desweiteren der tiefere Zweck des Vergleichs behandelt. Im Ergebnis soll deutlich werden, dass es bei der vergleichenden Analyse nicht um einen Vergleich der Verbrechen geht mit der Absicht, die Gräueltaten beider Seiten gegeneinander aufzurechnen, sondern dass es um einen Vergleich der Ideologien gehen muss, der darauf zielt, die geistigen Ursachen ihrer Entstehung und ihrer Verführungskraft zu verstehen.

I. ZUR VERGLEICHBARKEIT VON KOMMUNISMUS UND NATIONALSOZIALISMUS

Die Frage nach der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus und des Kommunismus hat in Deutschland in den letzten 25 Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren. Die Vehemenz, mit der die Auseinandersetzung im Historikerstreit geführt wurde, lässt sich in weiten Teilen heute nur noch aus dem damaligen Zeitgeist erklären. Der Untergang der kommunistischen Regime im Zuge der friedlichen Revolutionen von 1989 führte zu einem grundlegenden Wandel: Durch die Öffnung von Archiven gab es detailliertere Informationen über die Verbrechen des Kommunismus, und es entfiel die Notwendigkeit, bei der Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen auf die entsprechenden Regime Rücksicht nehmen zu müssen. Die bislang letzte große Aufwallung erfuhr der Streit durch das Erscheinen des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ (1998), das vor allem durch den vom Herausgeber Stéphane Courtois hergestellten Nexus zwischen der marxistischen Ideologie und den Verbrechen der kommunistischen Regime Empörung hervorrief.³ Insbesondere im internationalen Kontext wird aber mittlerweile die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Vergleichs der Verbrechen, die im Namen der beiden Ideologien begangen wurden, weithin anerkannt.⁴

2 Friedrich Pohlmann: *Der „Historikerstreit“ in Deutschland. Eine rückblickende Bewertung. Essay, gesendet von SWR 2, 23.1.2007 (21.03 Uhr), Manuskript im Internet: <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/essay/rueckschau/-/id=659832/nid=659832/did=1866116/1963ha9/index.html> (zuletzt aufgerufen am 3.8.2013).*

3 Siehe Stéphane Courtois: *Die Verbrechen des Kommunismus*, in: ders. (Hrsg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München / Zürich: Piper 1998, S. 11-43. *Wesentliche Beiträge zur deutschen Debatte über das „Schwarzbuch“ finden sich in: Horst Möller (Hrsg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“*, München / Zürich: Piper, 1999.

4 Vgl. z. B. die Beiträge in der Zeitschrift *„Totalitarian Movements and Political Religions“* (seit 2011 *„Politics, Religion and Ideology“*) sowie die Arbeiten von François Furet, Emilio Gentile und Roger Griffin.

Trotz dieser Entwicklung zeigt der Historikerstreit in der politischen Kultur in Deutschland bis heute seine Wirkung. So heißt es z. B. im jüngsten Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur: „Es ist unverzichtbar, den Unterschieden zwischen NS-Herrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen. Jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit in Deutschland hat davon auszugehen, dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatelliert werden darf.“⁵ Einen unbefangenen (ausländischen) Leser muss dieser Satz erstaunen, weil ein Vergleich des SED-Unrechts mit dem Unrecht des Nationalsozialismus ohnehin wenig sinnvoll ist: Das nationalsozialistische Deutschland bildete das Kernland dieser Ideologie, während der SED-Staat ein bloßer Vasall der Sowjetunion war. Sinnvoll vergleichen lassen sich nur die Vasallen-Staaten oder die Kernländer der Ideologien untereinander – also das nationalsozialistische Deutschland mit der Sowjetunion in der Ära von Lenin und Stalin.

Der zitierte Satz aus dem Bericht der Bundesregierung ist deshalb wohl auch vor einem anderen Hintergrund zu verstehen: Es geht nicht um die Frage, was in wissenschaftlicher Hinsicht sinnvoll verglichen werden kann oder nicht, sondern um eine Markierung der Grenzen der zulässigen Debatten aus politischen Motiven: Die Erinnerung an die Verbrechen des Kommunismus soll die Singularität von Auschwitz nicht in Frage stellen. Diesem Verdikt kommt in Deutschland aus guten Gründen eine besondere Bedeutung zu, aber schon im europäischen Kontext ist es in einigen Staaten, die in besonderer Weise unter dem Kommunismus leiden mussten – wie die baltischen Staaten – nur schwer zu vermitteln. Erst recht gilt dies im weltweiten Kontext: Joachim Gauck hat darauf hingewiesen, dass Chinesen oder Kambodschaner, die sich mit der Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen in ihrem Land befassen, mit der These der Singularität des Holocausts wenig anfangen können.⁶

Doch diese These wird eigentlich erst zu einer relevanten Aussage, wenn sie sich gegen einen Vergleich von Kommunismus und Nationalsozialismus richtet, der eine Relativierung der NS-Verbrechen intendiert. Aus politikwissenschaftlicher Sicht muss es aber bei dem Vergleich um eine andere Frage gehen, nämlich die Ursachen dieser Verbrechen zu verstehen und zu erklären, wie es passieren konnte, dass so viele Menschen aus voller Überzeugung an diesen Verbrechen beteiligt waren. Der Schlüssel zum Verständnis der Ursache liegt in den Ideologien: Dem nationalsozialistischen wie auch den kommunistischen Regimen lag

5 Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 15.11.2012 (online verfügbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/01/2013-01-09-bericht-aufarbeitung-sed-diktatur.html> (zuletzt aufgerufen am 3.8.2013), S. 13.

6 Joachim Gauck: Welche Erinnerungen braucht Europa? Düsseldorf: Robert Bosch Stiftung, 2006 (online verfügbar unter: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Stiftungsvortrag_Gauck.pdf, zuletzt aufgerufen am 3.8.2013), S. 19.

ein geschlossenes Weltbild zugrunde, das die liberale und kapitalistische Gesellschaftsordnung fundamental kritisierte, alle politischen und sozialen Probleme der Welt auf ein einziges Übel zurückführte und die Lösung der Probleme in der Vernichtung des für dieses Übel jeweils verantwortlichen Feindes sah.⁷

Doch gegen den Vergleich der Ideologien und die These, dass deren Analyse den Zugang zum Verständnis der jeweiligen Regime ermöglicht, wird eine Reihe von Argumenten vorgebracht. Vier Argumente spielen in der Debatte eine zentrale Rolle:

- Der Terror habe im Nationalsozialismus und im Kommunismus jeweils eine andere Qualität aufgewiesen: Im Kommunismus herrschte einerseits eine größere Willkür, weil der Terror jeden treffen konnte. Andererseits konnten die meisten versuchen, sich mit dem Regime zu arrangieren, während ein Jude im Dritten Reich keine Chance hatte, sein Leben zu retten, indem er mit dem Regime zusammenarbeitete.⁸
- Der Kommunismus sei intellektuell fundiert, der Nationalsozialismus hingegen beruhe auf einer kruden Kompilation von Vorurteilen. So sei insbesondere Hitlers „Mein Kampf“ in keiner Weise mit dem intellektuellen Niveau des Marxismus zu vergleichen.⁹
- Die kommunistische Ideologie strebe nach der Versöhnung aller Menschen und einer friedlichen Gesellschaft, während der Nationalsozialismus Kampf und Krieg zum Ideal erhebe. Das Wohl, um das es dem Kommunismus gehe, sei das der ganzen Menschheit; der Nationalsozialismus hingegen strebe nur nach dem Wohl der Arier – verstanden als Sieg über die anderen Rassen.¹⁰
- Die Ideologie liefere keine Erklärung für die Verbrechen, die vielmehr nur aus dem jeweiligen historischen Kontext von Gewalt und Gegen-Gewalt zu verstehen seien: „[...]wo nur noch die Gewalt spricht, bringt sie die ideologischen Motive zum Schweigen.“¹¹

7 Zum Vergleich der Ideologien vgl. Hendrik Hansen / Peter Kainz: *Radical Islamism and Totalitarian Ideology: a Comparison of Sayyid Qutb's Islamism with Marxism and National Socialism*, in: *Totalitarian Movements and Political Religions* Bd. 8 (1), 2007, S. 55-76 (online verfügbar unter: <http://www.tandfonline.com/toc/ftmp20/8/1>, zuletzt aufgerufen am 3.8.2013), sowie: Frank-Lothar Kroll / Barbara Zehnppennig (Hrsg.): *Ideologie und Verbrechen: Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich*, München: Fink, 2013.

8 z. B. Volker Knigge: „Die große Vereinfachung macht dumm.“ Ein Gespräch mit Joachim Käpper, in: Horst Möller (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 207-210, hier: S. 208.

9 Gegen diese These, die u. a. von Brigitte Hamann, Hans Mommsen und Horst Möller vertreten wird, argumentiert Barbara Zehnppennig: *Adolf Hitler: Mein Kampf. Studienkommentar*, München: Fink 2011 (hier: S. 9f.).

10 Vgl. z. B. Hannes Stein: *Gauck könnte den Holocaust-Konsens aufkündigen*, in: *Die Welt* vom 12.3.2012 (online verfügbar unter: <http://www.welt.de/kultur/history/article13906702/Gauck-koennte-den-Holocaust-Konsens-aufkuendigen.html>, zuletzt aufgerufen am 3.8.2013).

11 Jörg Baberowski: *Moderne Zeiten? Einführende Bemerkungen*, in: ders. (Hrsg.): *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 10.

Diese Argumente übersehen die strukturellen Parallelen zwischen den beiden Ideologien und deren Bedeutung für das Verständnis der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts:

- Die Tatsache, dass man mit dem Regime kollaborieren konnte, bedeutete vor allem unter Stalins Herrschaft wenig. Die Willkür des sowjetischen Regimes war zumindest in der Hochphase des Terrors eher größer als die des nationalsozialistischen Regimes, weil ausnahmslos jeder damit rechnen musste, ins Visier der Partei zu kommen. Es wurde zwar nicht eine einzelne Gruppe so systematisch verfolgt, wie es mit den Juden im Nationalsozialismus der Fall war, aber das Regime war dadurch nur noch unberechenbarer.
- Die Einschätzung, dass der Marxismus intellektueller sei als der Nationalsozialismus, beruht schlicht auf einem Vorurteil. Richtig ist, dass der Marxismus in der Form einer politischen und ökonomischen Theorie auftritt, während Hitler in seiner Schrift „Mein Kampf“ immer wieder seine Intellektuellenverachtung zum Ausdruck bringt. Doch aus eben dieser Schrift lässt sich, wie Barbara Zehnpfennig überzeugend gezeigt hat, eine umfassende und geschlossene Weltdeutung rekonstruieren, die derjenigen des Marxismus an logischer Konsequenz in nichts nachsteht.¹²
- Der Irrtum des dritten Argumentes besteht darin, dass der eigene Anspruch des Marxismus mit einer Beurteilung des Nationalsozialismus aus der Außenperspektive verglichen wird. Der Marxismus behauptet, das Gute für die Menschheit zu wollen, und versteht darunter einen Zustand, in dem sich der Einzelne unter völliger Preisgabe seiner Individualität dem Kollektiv unterwirft.¹³ Der Nationalsozialismus beansprucht aus seiner Sicht ebenfalls, das Gute für die Menschheit zu wollen: Hitler behauptet in Kapitel 2 von „Mein Kampf“, dass der Kampf gegen das Judentum der Rettung der Menschheit diene.¹⁴ Das Judentum wolle den Kampf ausschalten; der Kampf jedoch sei das lebenserhaltende Prinzip schlechthin. Ohne den Kampf gebe es kein Leben; wolle man das Leben auf der Erde bewahren, so müsse man den Kampf erhalten.¹⁵ Dem Anspruch nach geht es also auch hier darum, in einer historischen Mission das Gute gegen das Böse zu verteidigen. Während beim Nationalsozialismus auf die Notwendigkeit, diesen Anspruch zu hinterfragen, nicht besonders hingewiesen werden muss, wird beim Marxismus der Anspruch immer wieder à la lettre genommen, weil die wortreichen Beschreibungen des kommunistischen Ideals nicht hinreichend hinterfragt werden. Das Ideal der radikalen Gleichheit

¹² Vgl. Barbara Zehnpfennig, a.a.O. (Fn. 9), insb. S. 242-248, und dies.: *Hitlers „Mein Kampf“. Eine Interpretation*, München: Fink, 2000.

¹³ Vgl. hierzu (mit einem Fokus auf die angeblich von humanistischen Idealen geprägten Frühschriften von Karl Marx): Hendrik Hansen: *Karl Marx: Humanist oder Vordenker des Gulag?* in: Karl Graf Ballestrem, Volker Gerhardt, Henning Ottmann und Martyn P. Thompson (Hrsg.): *Politisches Denken – Jahrbuch 2002*, Stuttgart/Weimar: Metzler, 2002, S. 152-174.

¹⁴ Adolf Hitler: *Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band*, München: Zentralverlag der NSD-AP (Franz Eher Nachf.) 1942/11, S. 69f.

¹⁵ Vgl. ebd., Kapitel 11 („Volk und Rasse“).

des Marxismus entpuppt sich bei näherem Hinsehen als geistfeindlicher Kollektivismus¹⁶ – ob dies dem nationalsozialistischen „Ideal“ des Rassenkampfes vorzuziehen ist, ist bestenfalls eine Frage des Geschmacks.

- Das vierte Argument unterstellt, dass Gewalt und Terror letztlich eine Folge politischer Macht in bestimmten historischen Kontexten seien. So erklärt z. B. Barberowski die Gewalt der Bolschewiki aus ihrer Erfahrung, „isoliert und von Feinden umgeben zu sein und stets am Abgrund zu stehen“.¹⁷ Doch auch wenn ein konkreter Gewaltakt nur aus einer konkreten historischen Situation zu erklären ist, gehört zu dieser Situation die Ideologie des Handelnden, mit der er die Gewalt legitimiert. Die Gewalt, die die Bolschewiki erfahren haben, erklärt noch nicht einmal Gewaltexzesse (denn es gibt keine logische Notwendigkeit, auf Gewalt mit Gegengewalt zu reagieren) – geschweige denn ihre Absicht einer systematischen Vernichtung des Klassenfeindes. Auf Gewalt kann unterschiedlich reagiert werden, und die Ideologie spielt bei der Erklärung der Reaktion der Bolschewiki eine zentrale Rolle. Das Besondere an der Gewalt des Kommunismus wie auch des Nationalsozialismus ist es gerade, dass mit hohem intellektuellen Aufwand versucht wurde, sie als unvermeidbar darzustellen, und auch zahlreiche Intellektuelle davon überzeugt waren, dass die Vernichtung des Feindes eine unabweisbare Notwendigkeit sei. Der intellektuelle Anspruch, mit dem die Verbrechen der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts begangen wurden, erklärt, warum sie für die Wissenschaft eine besondere Herausforderung darstellen: Reflexion und Streben nach Begründung als solche bewahren eine Gesellschaft offensichtlich nicht davor, solche Verbrechen zu begehen.

Um die Ursachen der Verbrechen des Kommunismus und des NS zu verstehen, ist es deshalb erforderlich, sich den Ideologien zuzuwenden und ihre Argumentationsstruktur zu vergleichen, um dann zu der Frage vorzustoßen, was sie an der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie kritisieren und warum sie eine so große Anziehungskraft entfalten konnten.

II. DIE BEDEUTUNG DER IDEOLOGIE

Dass beide Ideologien eine ähnliche Argumentationsstruktur aufweisen, wurde bereits verschiedentlich festgestellt. In bemerkenswerter Klarheit wird diese Ähnlichkeit von Jonathan Littell in seinem Roman „Die Wohlgesinnten“ formuliert. Littell schildert in diesem Roman ein Gespräch zwischen dem gefangen genommenen sowjetischen Polit-Kommissar Prawdin und dem Offizier des Sicherheitsdienstes Dr. Max Aue im Kessel von Stalingrad. Eigentlich soll Aue Prawdin verhören; es entwickelt sich aber stattdessen zwischen beiden ein hochinteressantes Gespräch über die Ähnlichkeiten und Unterschiede von Kommunismus und Nationalsozialismus. Der Polit-Kommissar charakterisiert die Gemeinsamkeiten der Ideologien in folgenden Worten:

¹⁶ Vgl. *das Frageverbot im kommunistischen Endzustand der Geschichte: Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, Hamburg: Meiner, 2005, S. 98.

¹⁷ Jörg Barberowski: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München: Beck 2012.

„... unsere Weltanschauungen [haben] doch etwas Grundsätzliches gemeinsam: Sie sind beide im Wesentlichen deterministisch; zwar russischer Determinismus bei euch, wirtschaftlicher Determinismus bei uns, aber eben doch Determinismus. Beide glauben wir, dass der Mensch sein Schicksal nicht frei wählt, sondern dass es ihm von der Natur oder der Geschichte auferlegt wird. Und beide schließen wir daraus, dass es objektive Feinde gibt, dass bestimmte Kategorien von Menschen legitimerweise beseitigt werden können und müssen, nicht aufgrund dessen, was sie tun oder sogar denken, sondern aufgrund dessen, was sie sind. In dieser Hinsicht unterscheiden wir uns nur durch die Definition der Kategorien: Für euch sind es die Juden, die Zigeuner, die Polen und, wenn ich mich nicht täusche, sogar die Geisteskranken; für uns die Kulaken, die Bourgeois, die Parteiabweichler. Im Grunde ist es ein und dasselbe; beide lehnen wir den Homo oeconomicus der Kapitalisten ab – den egoistischen, individualistischen Menschen, der in seiner Illusion von Freiheit gefangen ist – und propagieren stattdessen den Homo Faber: Not a self-made man but a made man, könnte man auf Englisch sagen, eher den Menschen, den es zu machen gilt, denn der kommunistische Mensch muss noch geschaffen und erzogen werden, genau wie euer vollkommener Nationalsozialist. Und dieser zu schaffende Mensch rechtfertigt die unbarmherzige Liquidation all derer, die unerziehbar sind, rechtfertigt also den NKWD und die Gestapo, die Gärtner des Sozialwesens, die das Unkraut ausmerzen und den Nutzpflanzen Halt geben.“¹⁸

Das Bemerkenswerte an diesem Zitat ist, dass hier die gemeinsame Kritik des Nationalsozialismus und des Kommunismus am freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat betont wird: Beide Ideologien wenden sich gegen das liberale Freiheitsverständnis, dem zufolge die Bürger frei sind, ihre individuellen Ziele zu verfolgen, solange sie die Grenzen des Rechts respektieren. Im klassischen Liberalismus soll dieses formale Verständnis des Rechtsstaates es den Bürgern ermöglichen, ihre individuellen Ziele zu verfolgen, ohne sich einer gemeinschaftlichen Vorstellung vom Guten zu unterwerfen. In diesem Verständnis vom Rechtsstaat kommt es jedoch zu einem problematischen Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit und ihren Grenzen, das daraus resultiert, dass die Bürger – anders z. B. als in der antiken politischen Philosophie von Platon und Aristoteles – das Recht nur als Grenze ihrer Freiheit wahrnehmen und nicht als etwas, das es um seiner selbst willen zu respektieren gilt.¹⁹ An diesem Punkt setzen nun sowohl der Nationalsozialismus als auch der Marxismus-Leninismus an und entlarven das Recht des liberalen Staates als Ausdruck eines Gruppenegoismus:

- Aus marxistischer Sicht dienen das Recht und die staatlichen Institutionen allein den Interessen der herrschenden Klasse. Das Recht schützt die Freiheit und das Eigentum der Kapitalisten und schafft damit die institutionelle

¹⁸ Jonathan Littell: *Die Wohlgesinnten*, Berlin: Berlin Verlag, 2008, S. 553.

¹⁹ Dazu ausführlich: Peter Kainz: *Unbegrenzte Möglichkeiten? Probleme und Aporien des Individualismus*, Nomos: Baden-Baden, 2012.

Voraussetzung für die Ausbeutung der Proletarier. Die formale Gleichheit der Bürger im Rechtsstaat nützt somit allein den Kapitalisten, sodass faktisch das Recht des Stärkeren herrscht.²⁰ Die Herrschaftsverhältnisse werden erst überwunden, wenn im Zuge der Revolution das Privateigentum an Produktionsmittel abgeschafft und die Gleichheit in der Diktatur des Proletariats mit massivem Zwang durchgesetzt wird.

- Für Hitler wiederum sind der Rechtsstaat und die Idee des gleichen Rechts alles Vorstellungen, die das Judentum hervorgebracht hat. Er kritisiert den Rechtsstaat nicht wegen der Ungleichheit, die mit ihm verbunden ist, sondern umgekehrt wegen des Egalitarismus. Das Konzept des gleichen Rechts für alle sei ein Werkzeug der Juden, die damit die Arier unterwandern und den Rassenkampf abschaffen wollen. Auch Hitler führt die Idee des Rechtsstaats auf den Egoismus und Materialismus einer einzelnen Gruppe – hier: der Juden – zurück, doch hier werden sie dem vorgeblichen Idealismus und der Opferbereitschaft der Arier entgegengestellt.²¹ Erscheint der Rechtsstaat bei Marx als eine Waffe der Kapitalisten im Kampf gegen die Proletarier, so ist er bei Hitler eine Waffe der Juden in ihrem Rassenkampf gegen die Arier. Das Ideal, das Marx dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat entgegenhält, ist dasjenige der Selbstverwirklichung des Menschen in der kollektivistischen Produktionstätigkeit, in der es keiner Bestimmung der Grenzen des Individuums durch das Recht bedarf, weil der Individualismus überwunden sein soll. Für Hitler wiederum ist der Gegenpol zum Rechtsstaat der offene Kampf, der zur Höherentwicklung der Rassen führt: Der Rechtsstaat dient aus dieser Sicht nicht der Absicherung des Rechts des Stärkeren, sondern dessen Überwindung. Beide, Marx wie Hitler, entlarven den Rechtsstaat als Quelle der Unfreiheit und stellen sich als Verfechter einer wahren Freiheit dar, die nur im kommunistischen Kollektiv nach Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse respektive im offenen Kampf der Rassen nach Wiederherstellung der natürlichen Herrschaftsverhältnisse verwirklicht werden kann. Beide verstehen diese Freiheit jedoch als kollektive und nicht als individuelle Freiheit.

Dieser Anspruch verdeutlicht, dass dem Satz von Samuel Eisenstadt, dass es sich bei den beiden Ideologien um die „dunkle Seite der Moderne“ handelt,²² durchaus zuzustimmen ist: Marxismus und Nationalsozialismus treten nicht als Feinde der Freiheit auf, sondern – ihrem Anspruch nach – als Vollender der Idee einer freien Gesellschaft, wobei sie allerdings das Verhältnis von Freiheit und Recht nicht als komplementär, sondern als kontradiktorisch deuten. Der Erfolg der Ideologien im zwanzigsten Jahrhundert beruhte nicht bloß auf

²⁰ Vgl. z. B. Karl Marx: *Zur Judenfrage*, in: MEW Bd. 1, S. 347-377, hier: 363-366.

²¹ Hitler, a.a.O. (Fn. 14), S. 325-338.

²² Samuel N. Eisenstadt: *The Resurgence of Religious Movements in Processes of Globalisation – Beyond End of History or Clash of Civilisations*, in: *International Journal on Multicultural Societies (IJMS)*, Bd. 2 (1), 2000, S. 4-15; im Internet: www.unesco.org/shs/ijms/vol2/issue1/art1 (zuletzt aufgerufen am 10.8.2013).

Fehlfunktionen der rechtsstaatlichen und demokratischen Gesellschaften, wie sie z. B. in der Weimarer Republik zutage traten, sondern auf grundsätzlichen Problemen in der Begründung freiheitlicher Gesellschaften. Tatsächlich besteht in ihnen ein Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit, bei dem die wirtschaftliche Freiheit die Gleichheit der Bürger im politischen Prozess bedrohen kann, und umgekehrt die Forderung nach mehr Gleichheit zu einer Gefahr für die Freiheit werden kann. Die radikalisierte Forderung nach Gleichheit bzw. Ungleichheit entspricht den Positionen der beiden Ideologien.

Deren Verführungskraft besteht darin, dass sie die Entlarvung der liberalen Gesellschaft als Ausdruck eines Gruppenegoismus mit einem Erlösungsversprechen verbinden. Die Erlösung soll im Marxismus durch die Durchsetzung der radikalen Gleichheit erreicht werden, die die Überwindung der Vereinzelung des Menschen ermöglicht; im Nationalsozialismus hingegen ist die Erlösung Folge des Kampfes, der die Durchsetzung des Stärkeren ermöglicht. Die Verführungskraft wird dadurch verstärkt, dass diese Formen von Erlösung, im Unterschied zu einem transzendenten Religionsverständnis, den Vorteil aufweisen, dass sie keiner individuellen geistig-moralischen Anstrengung bedürfen, sondern durch die konsequente Vernichtung des Feindes erreicht wird: Der Anhänger der Ideologie weiß sich jeweils auf der Seite der „Guten“, deren erste Aufgabe in der Befreiung der Menschheit von den „Bösen“ besteht.

Eine solche vergleichende Auseinandersetzung mit den Ideologien des Marxismus und des Nationalsozialismus – die hier nur angedeutet werden kann – zielt darauf ab, zu verstehen, wie sie sich aus einer fundamentalen Kritik am klassischen Liberalismus heraus entwickelt haben und wie diese Kritik ihre intellektuelle Anziehungskraft begründet. Ein solcher Ansatzpunkt ermöglicht es, die Frage nach der Begründung der Freiheit und des Rechtsstaats neu zu stellen. Die Erinnerung an die Verbrechen ist damit Auftrag zur Auseinandersetzung mit dem Denken, das diese Verbrechen hervorgebracht hat, und zur lebendigen Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen der liberalen Gesellschaftsordnung. Das Erinnern ist so auf die Gegenwart und Zukunft hin orientiert, insofern ermöglicht es, neue Bedrohungen des Rechtsstaats, die den Mustern der kommunistischen und nationalsozialistischen Ideologien folgen, zu erkennen und zu verstehen.

Dieses nun ist eine Aufgabe, die alle Staaten in Europa in gleicher Weise betrifft. Und sie ist eine große Chance: Während der Versuch, Europa mit einer gemeinsamen Währung zu einigen, sich als nicht ganz einfach erweist, kann die Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien eine echte Grundlage für ein freiheitliches Europa schaffen: Fast alle europäischen Staaten haben unter den Verbrechen, die im Namen dieser Ideologien begangen wurden, gelitten, und in fast allen europäischen Staaten gab es eine große Begeisterung für beide Ideologien. Es wäre eine Aufgabe europäischer Dimension, die Frage nach der Begründung des liberalen Rechtsstaats gegen seine fundamentale Anfechtung durch die totalitären Ideologien zu stellen.



Dr. Peter März

ERINNERUNGEN AN DEN NATIONALSOZIALISMUS IN DEUTSCHLAND

WEGE, THEMEN, POSITIONEN, INSTRUMENTALISIERUNGEN
IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND BIS ZUR GEGENWART

Zwei Aussagen am Beginn zu der förmlich anthropologischen Fragestellung, warum wir eigentlich Geschichte treiben, also die darstellende, systematisierende und kritische Befassung mit Vergangenheit. Bei Leopold von Ranke, dem Schöpfer der modernen Geschichtswissenschaft, zumindest für den deutschsprachigen Raum, heißt es lapidar, es gehe darum zu „zeigen, wie es eigentlich gewesen ist“.¹ Damit verbunden ist ein tatsächlicher oder vermeintlicher Objektivierungsanspruch, der gerade im Lichte der vielberufenen Zivilisationsbrüche des 20. Jahrhunderts buchstäblich fragwürdig geworden ist. Dagegen steht eine Feststellung des niederländischen Historikers Johan Huizinga, der sich als Wissenschaftler primär mit der bunten Vielfalt des ausgehenden Mittelalters befasst hat,² der aber zugleich in den dreißiger und frühen vierziger Jahren dem Dominanzanspruch nationalsozialistischer Geschichtsbetrachtungen widerstand und noch vor der Befreiung im Februar 1945

¹ Vgl. Justus Hashagen: *Allgemeine Einleitung*, in: Leopold von Ranke: *Weltgeschichte*, Bd. 1/2, Hamburg o.J., entnommen aus: Ranke, Vorrede zu „Die Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494-1514“, S. 8.

² Vgl. Johan Huizinga: *Herbst des Mittelalters*, Stuttgart: A. Kröner, 2006.

verstarb, vor allem ein Opfer des Hungers. Huizinga bezeichnete sinngemäß Geschichte als jene Form, also jene Art und Weise, wie eine Zivilisation sich über sich selbst Rechenschaft gibt. Im Begriff der „Rechenschaft“ schwingt jedenfalls die unabdingbare moralische, Politikwissenschaftler würden hinzufügen normative, Komponente mit: Es geht nicht nur darum, Vergangenheit zu konkretisieren, sondern darum, wertend über sie zu urteilen – und im Fall welcher Vergangenheit ist dies nicht unabdingbarer als im Falle der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts?

I. NATIONALSOZIALISMUS, NICHT FASCHISMUS

Wenn wir über das Deutschland der Jahre von 1933 bis 1945 sprechen, dann sollten wir aus heutiger Perspektive in jedem Fall beim Begriff „Nationalsozialismus“ verbleiben und den weiteren Begriff „Faschismus“ nur in einer Sekundärrolle sehen:

- Zum einen zur Kennzeichnung der weiteren Rechtsdiktaturen im Europa der Zwischenkriegszeit, ausgehend von Italien,
- und zum anderen im Hinblick auf die instrumentell-manipulative Verwendung von sowjetischer und im Gefolge von SED-Seite, manipulativ-instrumentell, weil sie zweierlei Absichten verfolgte: Es ging einmal darum, die Kennzeichnung „sozialistisch“ aus der Begrifflichkeit verschwinden zu lassen, zum anderen darum, den eigentlichen ideologischen Gegner im Kalten Krieg, die bürgerliche Gesellschaft, also die auf Privateigentum gegründete marktwirtschaftliche Ordnung und die Wettbewerbsdemokratie, zu kontaminieren und in eine Kontinuität zur NS-Diktatur zu stellen.

Diese instrumentelle Absicht galt aber eben auch für große Teile der sogenannten Achtundsechziger in der alten Bundesrepublik, die – bei allen ihnen zugestandenen Aufklärungsabsichten – auf diese Weise blind wurden für den rassistisch begründeten Antisemitismus und mit ihm den Holocaust bzw. dieses Verbrechensgeschehen tendenziell bagatellisierten.³

II. THEMATISCHE WEGE VON PUBLIZISTIK UND WISSENSCHAFT

Die „Erinnerung an den Nationalsozialismus“ im heutigen Deutschland ist zunächst ein Resultat vielfacher wissenschaftlicher Forschungen seit Beginn der fünfziger Jahre, damals als „Zeitgeschichte“ in der alten Bundesrepublik geradezu neu konstituiert. Es würde zu weit führen, hier im Einzelnen darstellen zu wollen, wie sich seitdem, also seit gut sechzig Jahren, Fragestellungen,

³ Vgl. als ein Beispiel für viele den Bezug bei Nicolas Berg: *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 441, auf Reinhard Kühnl: *Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskussion*, 2 Bände, Hamburg 1979, hier Bd. 2, S. 210, wie folgt zitierend: „Der Mord an den europäischen Juden darf also nicht als etwas ganz Singuläres betrachtet werden – das müsste zu Fehlurteilen führen. Äußerste Brutalität der Herrschaft bis hin zum Massenmord war ein allgemeines Merkmal des faschistischen Systems. Mit anderen Mitteln hätte die Zerschlagung einer so starken und gut organisierten Arbeiterbewegung und die Einleitung eines so gigantischen Expansions- und Ausplünderungsprogramms auch nicht ins Werk gesetzt werden können.“

Zugangsweisen, Blickrichtungen und Deutungen gewandelt haben. Dazu also ganz knapp:

Am Anfang ging es vor allem um Stufen von Machtverfall in der ausgehenden Weimarer Republik wie Machterringungen im Prozess der Festigung der NS-Diktatur,⁴ verwiesen sei hier auf die grundlegenden Arbeiten von Karl Dietrich Bracher, des Weiteren um die Eskalation der NS-Außenpolitik von einer revisionistisch erscheinenden zu einer imperialen, die auf die Schaffung eines deutschen Ost-Imperiums mit Kolonialstatus bis zum Ural abzielte, das Einschlägige dazu hat schon Andreas Hillgruber⁵ in den sechziger Jahren geschrieben.

Parallel dazu lief ein Prozess der Apologie, vor allem in den sogenannten „Generalsmemoiren“, am prominentesten das Buch „Verlorene Siege“ des Feldmarschalls von Manstein.⁶ Gerade gegen solche Apologien, auf dem Buchmarkt, in den Illustrierten, aber auch vor Gericht, wurde, wie Martin Sabrow⁷ in den letzten Jahren untersuchen ließ, die Figur des „Zeitzeugen“ installiert. Der Zeitzeuge, primär im Sinne des Opfers, nicht im Sinne des politischen, administrativen oder militärischen Akteurs, sollte, vor Gericht wie im öffentlichen Diskurs, die Mythen der früheren Inhaber von Kommandohöhen dekonstruieren. Es begann damit schon sehr früh, in den späteren vierziger Jahren, wenn überlebende Opfer aus den Vernichtungslagern ihre Qualen schilderten und ihre körperlichen Gebrechen zeigten, bis hin zum Auschwitz-Prozess in den frühen sechziger Jahren.

Endgültig mit der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ in der alten Bundesrepublik 1979 vollzog sich ein Perspektivwechsel, von dem man sagen kann, dass er zunächst die Öffentlichkeit und sodann, vielfach nachholend, die Wissenschaft erreichte. Die Wahrnehmung der Ermordung von sechs Millionen Juden unter deutscher Verantwortung während des Zweiten Weltkrieges fiel der westdeutschen Gesellschaft schwer, obwohl das Verbrechen als solches weithin bekannt war bzw. bekannt sein konnte, so wurde es beispielsweise vom SPD-Vorsitzenden und Oppositionsführer Kurt Schumacher schon in der Aussprache über die erste Regierungserklärung 1949 offen angesprochen.⁸

4 Karl Dietrich Bracher: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. Villingen / Schwarzwald: Äthenaum Verlag, 1971, ders.: *Stufen der Machtergreifung*, TB-Ausgabe, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1974.

5 Andreas Hillgruber: *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941*, Erstausgabe München 1965.

6 Erich v. Manstein: *Verlorene Siege*, Bonn 1955.

7 Martin Sabrow, Norbert Frei (Hrsg.): *Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945*, Göttingen 2012.

8 Schumacher führte, als Oppositionsführer, Kritik an der ersten Regierungserklärung ühend, am 21. September 1949 im Bundestag aus: „Zu matt und schwach ist gewesen, was gestern die Regierungserklärung über die Juden und die furchtbare Tragödie der Juden im Dritten Reich gesagt hat.“ Zit. nach Dieter Gosewinkel: *Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945-1961)*, Bonn 1991, S. 228.

Und schon im April 1946 hatte der frühere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß die Dimension des Verbrechensgeschehens in diesem Vernichtungslager als Zeuge erkennbar werden lassen.

Die Wissenschaft bemühte sich in den letzten Jahrzehnten zunächst, die Entscheidungsabläufe hin zum Holocaust zu rekonstruieren, sodann anhand von akribischen Regionalstudien für den ostmittel- und osteuropäischen Raum zu untersuchen, welche Verantwortungsträger in Polen, in Weißrussland,⁹ in der Ukraine oder an anderen Orten mit welcher Intention was verfügten und unternahmen. Zuletzt wird, auch nach mancherlei publizistischen wie autobiografischen „Vorläufern“, eine Thematik behandelt, die lange ganz im Schatten des Holocausts stand – das Leben bzw. Überleben der wenigen bis 1945 in Deutschland, mit Schwerpunkt in Berlin, verbliebenen Juden; auch hier fragt man sich: Warum erst jetzt? Und auch hier kommt die wissenschaftliche Expertise vom Institut für Zeitgeschichte.¹⁰

Ein ähnliches Schema lässt sich beobachten, was das Agieren von Wehrmacht und Waffen-SS anbelangt, zunächst bezogen auf die Sowjetunion, dann aber auch bereits auf Polen 1939 und die Bekämpfung sogenannter Partisanen mit ihren Verbrechenstatbeständen, vielfach die Zivilbevölkerung einbeziehend, auf dem Balkan und in Griechenland, ab Spätsommer 1943 in Italien und schließlich auch in Frankreich, dort forciert nach der Landung der Alliierten im Juni 1944. Auch für diesen Komplex kam der Anstoß weitgehend nicht aus der klassischen Fachwelt, sondern durch die beiden Ausstellungen über Verbrechen der Wehrmacht durch das Hamburger Institut für Sozialforschung von 1995 bzw. von 1999/2001, wobei die erste vor allem wegen durch den polnischen Historiker Bogdan Musial nachgewiesener Fehler zum Skandal wurde.¹¹

Im Anschluss an die Popularisierung dieses Themas nahm sich die etablierte Fachwelt seiner an; das Institut für Zeitgeschichte in München (und Berlin) legte ein großes Forschungsprogramm auf, das die Vorgehensweisen der Wehrmacht, von den Kommandospitzen in der Führung der Heeresgruppen und Armeen bis zu den niederen Diensträngen, und insbesondere die Interaktion bzw. Kommunikation mit der SS und dabei vor allem mit den mörderischen Einsatzgruppen akribisch untersuchte und nunmehr weitgehend zum Abschluss gekommen ist.¹²

9 Als Beispiel für eine „Regionalstudie“ Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999.

10 Vgl. Andrea Löw, Doris L. Bergen, Anna Håkrovà (Hrsg.): *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941-1945*, Schriftenreihe der VfZ, München 2013.

11 Vgl. den Katalog für die Zweitfassung der Ausstellung mit Anhang, der die seinerzeitige Kritik wiedergibt, S. 708 ff., *Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944*, Hamburg 2013.

12 Exemplarisch Christian Hartmann: *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2009.

Die kritische, zunächst primär publizistische, dann wissenschaftliche Untersuchung der Wehrmacht zeigte, in welchem Maße sie an Verbrechen geschehen beteiligt gewesen war. Damit wurde nicht zuletzt die Absicht verfolgt, frühere Narrative, die möglichst alle Untaten auf den – engen – Bereich Parteiführung, SS, Reichssicherheitshauptamt fokussierten, nun zu dekonstruieren. Es ging also darum – überspitzt formuliert –, nicht mehr Apologien zuzulassen, die wenigen Institutionen alle Schuld zuschrieben, um sich bzw. die Breite von Gesellschaft und staatlichen Einrichtungen exkulpieren zu können. Seit etwa einem Jahrzehnt geht der Trend also dahin, weitere Gruppen wie Institutionen in den Diskurs über Untaten einzubeziehen:

- Die deutsche Gesellschaft selbst in zumindest beträchtlichen Teilen – Götz Aly¹³ – wegen Bereicherung durch die „Arisierung“, d.h. die Beraubung der deutschen Juden, und, im Krieg, die Bereicherung aus den eroberten Gebieten,
- etwa den deutschen Sport, namentlich den Fußball, wegen des Verrats an seinen jüdischen Mitgliedern schon ab März/April 1933,
- vor allem aber große Teile der Verwaltung: Finanzverwaltung, Justiz und Polizei, an erster Stelle das Bundeskriminalamt nach 1945/49 – hier wurden, zumal aus dem Reichssicherheitshauptamt, die wohl schlimmsten Kontinuitäten ans Tageslicht gebracht –,
- und am spektakulärsten das Auswärtige Amt: Für dieses hatte der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe berufen, deren 2010 publizierte und medial groß aufgemachte Ergebnisse – „Das Amt“¹⁴ – für eine der heftigsten einschlägigen Kontroversen der jüngsten Zeit in Deutschland sorgten: Die Kritik, etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom zuständigen Fachredakteur Rainer A. Blasius gegen den eigenen Feuilleton-Herausgeber Frank Schirrmacher, konnte an vielen Beispielen zeigen, dass um der gewünschten Ergebnisse willen voreingenommen und methodisch fahrlässig gearbeitet worden war, also Geschichtspolitik im parteiischen Sinne statt Geschichtsforschung betrieben wurde. Es war den Bearbeitern eigentlich um den Nachweis gegangen, das Auswärtige Amt der alten Bundesrepublik ab 1951 sei nur eine Art Fortsetzung von – dominierenden – NS-Seilschaften im alten Auswärtigen Amt bis 1945 gewesen, und eben dieses alte Auswärtige Amt habe am Holocaust nicht administrativ mitgewirkt, sondern ihn sozusagen intentional-forcierend mitgetragen. Insgesamt ein Ergebnis, das mit sei-

13 Götz Aly: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/Main 2005.

14 Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff, München 2010, vgl. als ein Beispiel aus der Kritik das von Frank Schirrmacher im Feuilleton der FAS geführte Interview mit dem Berliner Historiker Daniel Koerfer, bei dem der Fragesteller und FAZ-Herausgeber gegen von Koerfer referierte Faktenlagen offenkundig versuchte zu retten, was zu retten war, FAS, 28.11.2010, S. 29-31.

ner Verdunkelung der frühen Bundesrepublik naturgemäß dem Alt-68er Joschka Fischer zupasskam, das tatsächlich aber, da auf äußerst schwachen Beinen, etwas anderes offenbarte: nämlich die Verirrungen einer aus politisch-ideologischen Gründen überschießenden Scheinaufklärung. Tatsächlich gab es unbestreitbar NS-Strukturen im alten Auswärtigen Amt, aber eben auch manch anderes bis hin zu Resistenz und Widerstand, und die Spezifik der alten Bundesrepublik mit ihren Kontexten – Westintegration, Wertebezug, Absage an herkömmliche Großmachtspolitik – wurde – absichtlich (?) – gründlich verfehlt, oder anders formuliert: Der Bruch zwischen deutscher Großmachttradition im Bismarckschen Sinne und politisch wie kulturell verwestlichter und integrierter Bundesrepublik, eine der fundamentalen Zäsuren deutscher Geschichte, wurde auf diese Weise mindestens fahrlässig ausgeblendet – einschließlich der Lernanstrengungen deutscher Diplomaten, die noch aus der alten Schule kamen.

An dieser Stelle ein paar knappe Bemerkungen zur Rezeptionsgeschichte des Widerstandes. Hier handelt es sich nicht um eine einfache Entwicklung vom vermeintlichen Landesverrat zum staatsbürgerlichen Vorbild. Die Sache ist viel komplizierter: In der Bundesrepublik gab es seit den frühen fünfziger Jahren primär eine Hochschätzung des militärischen Widerstandes um Graf Stauffenberg und seine politisch-administrativen Verbündeten durch Autoren wie Hans Rothfels und Gerhard Ritter;¹⁵ in der DDR hingegen wurde eben jenes Spektrum in Antifa-Manier als junkerlich-reaktionär denunziert. In Westdeutschland wurde dann ab den sechziger Jahren auf den oft vordemokratischen Konservatismus im Widerstand von Offizieren und hohen Beamten verwiesen, etwa bei Hans Mommsen,¹⁶ und zugleich der Widerstand aus der Arbeiterbewegung und allgemeiner gesellschaftlicher Resistenz aufgewertet. In der DDR wiederum gab es in ihren letzten Jahren im Zeichen ihrer partiellen Bismarck- und Preußen-Renaissance – um ihr sogenanntes nationales Erbe und damit ihre so schmale eigene Legitimationsbasis zu verbreitern – eine Wendung zum militärischen Widerstand, namentlich zu Stauffenberg,¹⁷ und zuletzt, im vereinigten Deutschland, eine breite Aufstellung, die geradezu proporzmäßig alle Gruppen und deren Sozialisationen akzeptiert bzw. schätzt.

15 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, TB-Ausgabe, Frankfurt/Main 1958.

16 Hans Mommsen: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln, Berlin 1966.

17 Kurt Finker: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994, in Weiterentwicklung einer vielfach erschienenen Stauffenberg-Biografie des Autors in sieben Auflagen zwischen 1978 und 1990.

III. DER EUROPÄISCHE UMBRUCH VON 1989 BIS 1991 UND SEINE GESCHICHTSPOLITISCHEN FOLGEN

Die europäische Wende von 1989 bis 1991, der Kollaps der kommunistischen Regime, hat, auf den ersten Blick paradoxerweise, auch die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in hohem Maße beeinflusst. Paradoxerweise deshalb, weil diese Geschichte an sich bzw. auf den ersten Blick gar nicht betroffen war, bzw. gar nicht betroffen schien. Dies war aber aus mehreren Gründen nicht der Fall:

Zum einen ging es nach der Wiedervereinigung Deutschlands darum, das „antifaschistische“ Geschichtsbild der DDR, vermittelt in Schule und Medien, vor allem aber in den sogenannten „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“, zu dekonstruieren.

Wie zeitaufwändig und komplex die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten in den sogenannten neuen Ländern ist, zeigt auch der Umstand, dass dieser Prozess noch keineswegs abgeschlossen ist, mittlerweile bereits nahezu ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer. So wurde im April 2013 eine neue Dauerausstellung im sogenannten Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, im nördlichen Brandenburg, eröffnet. Dramaturgie und Ausstellungsinszenierung schlugen dabei einen jedenfalls bemerkenswerten Weg ein, dessen Tauglichkeit sich nun erweisen muss: Die „zuweilen ahistorischen und mit befremdlichen sozialistischen Pathos gestalteten nationalen Gedenkräume der DDR-Zeit“¹⁸ wurden nicht eliminiert, sondern erhalten, kommentiert und kontextualisiert – sowie konfrontiert mit einer neuen Präsentation, die in dieser KZ-Gedenkstätte nun vor allem einzelne Biografien buchstäblich zu Gehör bringt. Wird eine solche Form friedlicher Koexistenz „funktionieren“?

Die Zäsur von 1989/91 zeichnete sich aber durch noch viel weiter reichende Dimensionen und Neugestaltungen aus: Es entstand, gewissermaßen zwischen West- und Osteuropa, eine oft auch sehr unfruchtbare „Vergleichsdiskussion“. Den Öffentlichkeiten in Westeuropa wurde vielfach vorgeworfen, sie hätten es sich mit einem bestimmten Geschichtsbild gewissermaßen bequem eingerichtet, zumal den Gesellschaften linksliberaler Provenienz, sie scheuten nach wie vor die Akzeptanz der Dimension stalinistischer Verbrechen.

An dieser Stelle sei die eigentlich unfruchtbare Frage nach Gleichsetzen bzw. Vergleichen nicht weiter vertieft. Gleichzusetzen gibt es in der Geschichte eigentlich gar nichts. Ein Vergleich ist deshalb schon unabdingbar, um Besonderheiten erkennbar werden zu lassen. Schon für die Antike hat man gerne das Perserreich mit den Stadtstaaten des alten Griechenlands verglichen, um

¹⁸ Regina Mönch: Ravensbrück am stillen See, FAZ, 22.4.2013, S. 29.

überhaupt die Spezifik des pluralen kulturellen Nährbodens für die Entwicklung des späteren Europas deutlich machen zu können.

Jenseits solcher Fragestellungen ergab sich, was die innerdeutsche Situation anbelangt, nunmehr auch eine Art Wettbewerb hinsichtlich Gedenkorten und Gedenkstätten, teilweise in sehr prosaischen Formen, ein Wettbewerb um Aufmerksamkeiten, Planstellen und finanzielle Ressourcen, wie dies im öffentlichen Prozess nun einmal so vonstattengeht.

Die grundlegende Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten auf dem Gebiet der früheren DDR, hier wurden drei der prominentesten genannt, forcierte in diesem Referenzrahmen auch neue Anstrengungen für die Gedenkstätten in Westdeutschland und damit verbunden die Frage nach dem Engagement der Bundesebene, also des Gesamtstaates, in einem Themen- und Verantwortungsbereich, der im föderalen System der Bundesrepublik eigentlich der Länderebene obliegt. Damals, d.h. seit den neunziger Jahren, vollzog sich somit ein Prozess, der die Gedenkstätten in Westdeutschland viel stärker inhaltlich und materiell profilierte; dazu kam es zur Akzeptanz weitgehender Forderungen des Bundes durch die Länder, um an die finanziellen Leistungen des Bundes zu kommen; im Insider-Jargon nennt man das den „goldenen Zügel“, mit dem die gesamtstaatliche Seite Länder oder auch Kommunen zu Verhaltensanpassungen motiviert.

Dabei ging es, auf die westdeutschen Länder bezogen, vor allem um die Einrichtung von Stiftungen, d.h. die staatliche Seite selbst gab auf der Länderebene vielen Zuständigkeiten ab. Ferner um den Ausbau des sogenannten pädagogischen Angebots einschließlich der Aufwertung der Rolle von Zeitzeugen¹⁹ und um die Installierung eines wissenschaftlichen Beratergremiums auf Bundesebene, dessen Voten für oder gegen eine bestimmte Maßnahme letztlich über deren Realisierbarkeit entscheiden.

In Westdeutschland erhielten zunächst drei, dann vier KZ-Gedenkstätten einen herausgehobenen Status mit sogenannter institutioneller, also auf Dauer angelegter Förderung: Dachau und Flossenbürg in Bayern, Bergen-Belsen in Niedersachsen und Neuengamme in Hamburg. In der Konsequenz wurden ihre Personalkörper erweitert, neue Dauerausstellungen geschaffen, bei denen als zusätzliches Thema, etwa in Flossenbürg, die Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit hinzukam – man kann ihre Gewich-

19 Mit kritischem Unterton schreibt Martin Sabrow zur überdimensionierten Rolle des Zeitzeugen, dass er „... in den Worten Aby Warburgs zu einer kulturellen Pathosformel geworden ist, die die historische Aufmerksamkeitsökonomie bestimmt und die Maßstäbe der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung prägt. Die historische Fachwissenschaft hat in dieser Auseinandersetzung keine privilegierte Deutungsmacht mehr ...“ Martin Sabrow: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Sabrow / Frei, Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945., Göttingen, 2012, S. 13-32, hier S. 32.

tung, bei aller Bedeutung der Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte nach 1945, mit gutem Grund auch als überproportional ansehen – darauf folgte verstärkte Aufmerksamkeit für das umfassende Geflecht sogenannter Außenlager und mithin für das Phänomen der „Zwangsarbeit“, insbesondere beim Versuch ab 1943, durch die Produktion sogenannter Wunderwaffen, vor allem Raketen und Düsenjäger, doch noch eine Kriegswende herbeizuführen. Man hat nicht ohne Grund diese Programme auch als „Vernichtung durch Arbeit“ bezeichnet.²⁰

Hinzu kommt die verstärkte Aufmerksamkeit, auch in der sogenannten Zivilgesellschaft, für die „Todesmärsche“ gegen Ende des Krieges, bei denen KZ-Opfer vor den vorrückenden Fronten in andere Lager, teilweise auch in die Vernichtung gebracht werden sollten, ein Geschehen bis in die letzten Tage des Krieges.

Neben den KZ-Gedenkstätten stehen die Dokumentationseinrichtungen, also Orte, an denen primär das Regime selbst agierte, regierte und exekutierte, sich kultisch zur Schau stellte oder seine Gewalttaten plante und verwaltete.

Im Einzelnen, sozusagen als zweiter Regierungssitz gegenüber Berlin, der Obersalzberg bei Berchtesgaden mit seiner Dokumentationseinrichtung, die Einrichtungen, die in Deutschland das Repressionssystem vermitteln, wie das ELDE-Haus in Köln den Gestapobereich, für die Polizei ein entsprechendes Museum in Münster, und natürlich in Berlin die Topographie des Terrors, Sitz des Reichssicherheitshauptamtes, der Schaltzentrale des gesamten Gewaltregimes, und das Haus der Wannsee-Konferenz als jener beschauliche Ort, an dem im Januar 1942 führende Manager des Regimes das Management der Juden-Vernichtung abstimmten, in Bayern schließlich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg und, auch als eine seiner Folgewirkungen, das jetzt im Entstehen befindliche NS-Dokumentationszentrum in München. Beide Einrichtungen stehen beispielhaft für die Symbolhaftigkeit des Regimes, für seinen pseudoreligiösen, kultischen Anspruch, die Reichsparteitage bis 1938 als Heer- und Wallfahrten vor einer mittelalterlichen Kulisse, das „Braune Haus“ in München, künftig als völliger Neubau, am Ort der ritualisierten Selbstinszenierung des Hitler-Putsches vom 9. November 1923, und der Stilisierung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“, wie als „Hauptstadt der deutschen Kunst“. Auch hier ist zu fragen, ob das Konzept, das Dokumentationszentrum, das stark auf soziologische bzw. sozialgeschichtliche Themen – Gender-Frage – abzielt und die Rolle des „Lernorts“ betont, dazu in der Lage

20 Als klassisches Beispiel für diese Rüstungs- wie Terrorprogramme steht der Komplex Mittelbau Dora, unterirdische Fabrikationsanlagen im nordthüringischen Südharz, die der Herstellung von V2-Raketen dienen sollten und in denen mehr Zwangsarbeiter zu Tode kamen als beim Einsatz dieses Waffensystems gegen Großbritannien und die belgische Hafenstadt Antwerpen selbst.

sein wird, wirklich die historischen Spezifika des Ortes München zu reflektieren, nämlich als topografischer und kultureller Ausgangspunkt des Nationalsozialismus, als dessen administrative Heimat und als dessen symbolischer Zentralort – oder ob das Konzept eher in Richtung einer intellektuellen Verflachung läuft. Nach der Fertigstellung des Dokumentationszentrums im Frühjahr 2014 wird man darüber fundiert urteilen und ggf. streiten können.

Eine Art geschichtspolitischen Proporzdenkens kennzeichnet schließlich – auch – die einschlägige Denkmallandschaft in Berlin mit der bundesdeutschen Mediendemokratie im orchestrierenden Hintergrund: 2003 bis 2005 wurde an prominentester Stelle in Berlin, nahe Pariser Platz und Brandenburger Tor, das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ errichtet – emblematisch für die Erinnerung an das deutsche Kernverbrechen schlechthin und ein nationaler Durchbruch für dessen Wahrnehmung. Nun folgte aber, was nach geschichtspolitischen Spielregeln plausibel war, die Komplettierung für andere, aber nicht alle Opfergruppen – Sinti und Roma, Homosexuelle, Deserteure, als jüngstes Vorhaben die italienischen Opfer der deutschen Herrschaft im Land ab September 1943.

Zu fragen ist allerdings, ob auf solche Weise nicht ein Vollständigkeitsimpuls bestimmend wird, der ohnehin nicht gestillt werden kann: Wo bleiben dann die Polen, ihre schon 1939 ermordete „Intelligenz“, die Millionen verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen, die Belagerten in Leningrad? Welche Kriterien gelten für eine „Auswahl“? Und zweitens ist zu fragen, ob – angestrebte – Vollständigkeit nicht Trivialisierung durch Inflationierung bedeutet?

IV. ERZIEHERISCHE DILEMMATA, FRAGEN, SCHLUSSFOLGERUNGEN

Abschließend einige kritische Fragen:

- Besteht nicht, so Ulrike Jureit, gerade im Bereich der Gedenkstätten die Gefahr einer Art Sekundär-Opferidentifikation statt Reflexion und historischer Kontextualisierung zur Gewinnung von Urteilskraft? Ulrike Jureit beklagt in dem von ihr mit Christian Schneider zusammen verfassten Buch „Gefühlte Opfer“ im Kern zweierlei: eine Art Enthistorisierung des Holocausts durch auch institutionelle Universalisierung, sowohl auf EU- als auch auf UNO-Ebene, insbesondere durch die Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000. Der Holocaust firmiert somit als eine Art ahistorisch-idealtypisch Böses, paradoxerweise und vermutlich ungewollt entschwindet er damit auch konkreter deutscher Verantwortlichkeit unter den konkreten historischen Umständen der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts. Das Zweite ist die Versuchung der Zeitgenossen zu „einer opferidentifizierten Erinnerungskultur“. Mitfühlen und Mitleiden haben sich Ulrike Jureit zufolge „zu einem Identifizierungswunsch mit den Opfern entwickelt, und nicht nur individuell, auch gesellschaftlich ist daraus eine Art geliehene Identität erwachsen – ein Identitätswunsch, der die Opfer zwar umarmt, während die Täter und

ihre Taten anonymisiert und pauschal verurteilt werden. (...) Diese deutsche Erinnerungskultur tendiert dazu, eine Vergessenskultur zu werden, die sich paradoxerweise gerade dadurch auszeichnet, dass sie zwanghaft erinnert.“²¹

- Harald Welzer, der hier schon in anderem Zusammenhang genannt wurde, mahnt Folgendes an: einmal ein Wegbewegen von offiziös verordneter Trivialisierung – so weist er süffisant darauf hin, dass bei der Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen 16 (!) im Inhalt kaum zu unterscheidende Reden gehalten wurden,²² und fragt, welchen innovativ-erzieherischen Effekt man sich davon eigentlich versprechen mag. Und des Weiteren stellt er fest, wichtig müsse doch sein, dass junge Menschen dazu erzogen werden, in Kontexten zu denken und ein moralisches, normatives wie operationalisierbares Koordinatensystem dafür zu entwickeln, wie, wenn sie selbst auf die Probe gestellt sind, historischen Herausforderungen verantwortungsethisch legitimiert begegnet werden kann.

Insofern, und dieser Referenzpunkt soll diese Überlegungen beschließen, geht es auch darum, Diktaturgeschichte, namentlich die NS-Geschichte, nicht als böses Ding an sich erscheinen zu lassen. Es bedarf der Referenzebene der Demokratie, um zeigen zu können, welcher Fallhöhe wir als Menschen eigentlich ausgesetzt sind.

21 Ulrike Jureit: *Opferidentifikation und Erlösungshoffnung: Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht*, in dies. und Christian Schneider: *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010, S. 17-103, hier S. 36.

22 Harald Welzer, Dana Giesecke: *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2012, S. 21: „Zur Eröffnung des neuen Museums der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 28. Oktober 2007 wurden sage und schreibe sechzehn Grußworte und Reden gehalten, und alle waren sie inhaltlich völlig deckungsgleich. Alle repräsentierten sie jene ‚historisch entkernte Frömmigkeit‘ (Volkhard Knigge), deren Sinn allenfalls noch darin erkennbar ist, dass die Liturgie eben das Sprechen der Formeln erfordert, aber dass in all dem etwas läge, was für die Zukunft des Erinnerns tauglich sei, wird niemand mehr behaupten wollen. Jugendliche jedenfalls werden damit nicht erreicht, sondern vor allem abgeschreckt.“



Prof. Dr. Manfred Wilke

WIE 1989 ALLES BEGANN...

I. ZWEI DEUTSCHE DIKTATURGESCHICHTEN

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur unterschied sich in vielerlei Hinsicht von der der nationalsozialistischen Tyrannei nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 gehörte die Verfolgung der Schuldigen an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den erklärten Kriegszielen der alliierten Siegermächte. Nach Ende des Krieges setzten die alliierten Mächte in ihren Besatzungszonen die selbstkritische Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer jüngsten Vergangenheit durch. Sie forderten von ihnen „Buße“ für das Leid und die Verbrechen, die das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg anderen Völkern zugefügt hatte. Das Wort „Bewältigung“ im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur zeigt bereits: Die Auseinandersetzung mit ihren Verbrechen erfolgte nicht ganz freiwillig, sondern auf äußeren Druck. Auch die nachgeborenen Deutschen empfanden den Krieg und den mit ihm verbundenen Völkermord an den europäischen Juden als unfassbares Geschehen. Die Aufarbeitung der Hitler-Diktatur und ihres Krieges begann unter den Augen der vier Besatzungsmächte im befreiten und besetzten Land, das in vier Besatzungszonen geteilt war.

Die Aufarbeitung war also zunächst eine politische Entscheidung der Sieger und gehörte zum Programm der demokra-

tischen „Reeducation“¹, die sie den Deutschen abverlangten. Das sichtbarste Zeichen der alliierten Mächte, die Verbrechen des NS-Regimes zu sühnen, war die Gründung eines internationalen Gerichtshofes in Nürnberg. Er tagte in der Stadt der nationalsozialistischen Parteitage, und hier fand der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher statt, um ihre Schuld vor aller Welt festzuhalten, sie den Deutschen vor Augen zu führen und die Angeklagten zu richten. Die Todesurteile des Gerichtshofes für die Mehrzahl der Angeklagten ließen keinen Zweifel am Willen der alliierten Richter aufkommen, die Verantwortlichen für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und für die in seinem Verlauf erfolgten Kriegsverbrechen zu bestrafen. Im Vorfeld der Gründung beider deutscher Teilstaaten ordneten die Besatzungsmächte in ihren Zonen eine „Entnazifizierung“ der deutschen Gesellschaft an.

Die Abgrenzung von der NS-Diktatur war eine Voraussetzung für den Neuaufbau einer deutschen Demokratie in den westlichen Besatzungszonen und wurde zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Ideologie und den Verbrechen des Regimes war eine innen- und außenpolitische Notwendigkeit und war von den deutschen Anti-Nazis – den ersten Opfern von Hitlers Diktatur –, die den demokratischen Neuanfang gestalteten, auch gewollt.

In der Sowjetischen Besatzungszone – und später der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – dagegen diente der „Antifaschismus“ den sowjetischen und deutschen Kommunisten zur Legitimation des Aufbaus ihrer Diktatur. Bis zum Herbst 1989 existierte der SED-Staat als international anerkannter zweiter deutscher Teilstaat.

Die Unterschiede zwischen der Bewältigung der NS-Diktatur und der Aufarbeitung der SED-Diktatur beginnen damit, dass von der nationalsozialistischen Diktatur alle Deutschen betroffen waren und ihre Aufarbeitung von den alliierten Siegermächten auf die politische Agenda gesetzt wurde. 1989 waren unmittelbar nur ca. 17 Millionen Einwohner der DDR von dieser zweiten deutschen Diktaturgeschichte betroffen, und ihre Aufarbeitung fand nach einer gelungenen demokratischen Revolution statt, die diese Diktatur gestürzt hatte. Erstmals erlebten die Deutschen in ihrer Geschichte eine siegreiche friedliche Revolution. Doch die Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik war nicht direkt von der SED-Diktatur betroffen, und das war ein großes Problem im deutschen Vereinigungsprozess nach 1990.

II. WIE ES IN DER DDR BEGANN

Die Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 in den Städten der DDR, der Fall der Berliner Mauer am 9. November und das Ende der SED als Staatspartei

1 Engl. Umerziehung bzw. „Rückeroziehung“ der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg zu demokratischen, freiheitlich denkenden Menschen; geistiger Bruch mit dem nationalsozialistischen Gedankengut.

der DDR führten nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Seit dem Herbst 1989 besetzten Bürgerkomitees die Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Bezirks- und Kreisstädten der DDR, um die Vernichtung der Akten der DDR-Geheimpolizei durch deren Angehörige zu verhindern. Mit dieser Aktion begann im Dezember 1989 die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wollte der Chef der Staatssicherheit der DDR bis zum Herbst 1989 durch ein Heer von Spitzeln erfahren „Wer ist wer in der Gesellschaft der DDR?“, so kehrten die Bürgerkomitees nun diese Frage um. Anhand der gesicherten Akten konnten die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt werden. Für die Bürger war es überlebenswichtig und befreiend zugleich, durch die Enttarnung der Spitzel zu erfahren, wer die in ihrem privaten Umfeld waren, die geholfen hatten, ihre Lebenspläne zu zerstören, Leid und Gefängnis verursacht oder sie zum Verlassen der Heimat indirekt gezwungen hatten. Das war ein Weg, sich Klarheit über die Vergangenheit der Diktatur zu verschaffen, um sie zu überwinden. Der Weg zu diesem Ziel schien einfach zu sein. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs, ein Opfer der Stasi und Aktivist der Aufarbeitung der ersten Stunde, schrieb:

„Die Stasi-Besetzer in Gera dachten es sich so: Unterlagen finden und veröffentlichen, dann ist alles klar.“² Klar sollte sein:

1. Wer waren die Stasi-Spitzel unter uns?
2. Welche Verbrechen hat die Geheimpolizei begangen?
3. Wer war dafür verantwortlich?

Zweimal handelten die Deutschen in diesem Zeitraum politisch klug. Im Herbst 1989 war es von der Bürgerrechtsbewegung in der DDR klug, sich vorrangig auf die Entmachtung und Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit zu konzentrieren, war die Stasi doch „Schild und Schwert“ der Partei, und kam ihre Auflösung der Entwaffnung der kommunistischen Staatspartei gleich.

Im Vereinigungsprozess 1990 war es klug, die Herrschaft der SED selbst nicht zu thematisieren. Mit der SED ernsthaft abzurechnen, hätte bedeutet, sich mit der sowjetischen Deutschlandpolitik auseinanderzusetzen, ohne deren politischen Willen es diese Diktatur überhaupt nicht gegeben hätte. Diese Zurückhaltung hatte vor allem außenpolitische Gründe: Auch die Sowjetunion musste der deutschen Einheit zustimmen. Hinzu kam der Zeitdruck, mit dem die innen- und außenpolitischen Fragen der Vereinigung in 10 Monaten gelöst

² Jürgen Fuchs: *Magdalena. MfS, Memphisblues, Stasi, Die Firma, Horch und Gauck. Ein Roman*, Berlin 1998, S. 138.

werden mussten. Es war nicht die Stunde, um das moralisch-politische Problem der Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Vordergrund zu rücken. Der demokratische Neuanfang, die Sanierung der verfallenen Städte, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Modernisierung der veralteten Industriebetriebe hatten 1990 Vorrang. Die Bundesregierung musste die Integration der früheren DDR-Bürger in die Bundesrepublik und in ihre Soziale Marktwirtschaft politisch lösen. Innenpolitisch hatte der „Aufbau Ost“ Vorrang vor der Klärung von moralischer Schuld und politischer Verantwortung der SED-Kader für ihre Diktatur nach Hitler.

III. DIE DURCHSETZUNG DER ÖFFNUNG DER MfS-AKTEN FÜR DIE OPFER

Die Opfer und Gegner der SED-Diktatur waren in dieser politischen Konstellation 1990 die einzige Gruppe, die eigensinnig auf der Aufklärung vor allem der Verbrechen der Staatssicherheit im SED-Staat bestand. Für sie war die Rehabilitierung der Opfer und die Feststellung von Schuld und Verantwortung der Täter ein unverzichtbarer Teil des Vereinigungsprozesses. Aus ihren Reihen kam die Forderung nach Öffnung der MfS-Akten für die betroffenen Opfer und die Offenlegung der Namen von MfS-Offizieren und deren Spitzel.

Aus Sicht der Bundesregierung war es ein Randproblem, an dem sich im Sommer 1990 der erste Streit um die Vergangenheitsbewältigung der SED-Diktatur entzündete. In den Verhandlungen um den Einigungsvertrag mit der Regierung der DDR war zu klären: Sollten die Führungsoffiziere der West-Spione des MfS in der Bundesrepublik nach der Vereinigung vor Gericht gestellt werden oder nicht?

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wollte das nicht. Er schlug eine Amnestie für diese „teilungsbedingten Straftaten“ vor. Der Plan scheiterte. Der Innenminister hatte die Widerstände gegen eine solche Lösung unterschätzt.³

Der darauf folgende Konflikt war entscheidend für die Aktenöffnung des MfS. Beide deutsche Regierungen hatten sich zunächst geeinigt, im Einigungsvertrag „eine restriktive Nutzung der Stasi-Akten festzulegen“.⁴ Geplant war, die Unterlagen dem Bundesarchiv zu überstellen und eine endgültige Regelung dem gesamtdeutschen Gesetzgeber zu überlassen. Daraufhin besetzten Bürgerrechtler Räume in der früheren Stasi-Zentrale in Berlin, um die Öffnung der Akten für die Opfer der Diktatur zu erzwingen und ihre Verbringung nach Westdeutschland, wie sie irrtümlich meinten, zu verhindern. Zwar wurde durch diesen Konflikt die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Öffentlichkeit auf das „Schild und Schwert“ der kommunistischen Partei konzentriert; trotzdem wur-

³ „Das Vorhaben erhielt (nicht von seinen Autoren) den Namen ‚Stasi-Amnestie‘, und damit war eigentlich sein Scheitern schon besiegelt.“, Siehe: Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 271.

⁴ Wolfgang Schäuble, *ebenda*, S. 274.

de die Aktion ein Erfolg. Kurz vor der Vereinigung 1990 einigten sich beide Regierungen auf eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag. Der erste gesamtdeutsche Bundestag, der 1990 gewählt wurde, sollte eine gesetzliche Regelung schaffen, die den betroffenen Opfern ein Auskunftsrecht über den Inhalt der vom MfS über sie angelegten Akten einräumte. Darüber hinaus sollten die Akten der politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS zur Verfügung stehen. Damit waren die Weichen für die Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ politisch gestellt. Wollte bis 1989 das MfS wissen: Wer ist wer in der DDR? – wurde in der friedlichen Revolution diese Frage gewendet. Jetzt wollten die Betroffenen der Repression wissen: Wer war unter unseren Familienangehörigen, Freunden, Kollegen und Bekannten ein Spitzel, was hat er berichtet und warum hat er das getan?

Die Akteneinsicht symbolisiert die Selbstbefreiung der Gesellschaft von der Atmosphäre der Lüge und des Misstrauens, die eine direkte Folge der flächendeckenden Überwachung der DDR-Gesellschaft durch das MfS war. Um die Bedeutung dieser Frage für die Gesellschaft der DDR zu verstehen, genügt es schon, sich die Dimension des Überwachungsapparates vor Augen zu führen. Das Ministerium besaß 1989 eine Personalstärke, die zu der Bevölkerung von ca. 17 Millionen in einem monströsen Missverhältnis stand. Aus den rund 1.000 Mitarbeitern (1950) waren 1989 ca. 91.000 geworden, einschließlich der Offiziere und Soldaten eines Wachregiments. Das Rückgrat der Überwachung der Gesellschaft bildeten ungefähr 13.000 MfS-Offiziere,⁵ die 1989 „ein verdecktes, weit verzweigtes, konspirativ abgeschirmtes Informationsnetz“ führten, in dem zuletzt 173.000 Spitzel und Zuträger, vom Ministerium als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) erfasst waren.⁶

Der Verlauf der Debatte um die ca. 111 km laufenden MfS-Akten offenbarte aber auch die Asymmetrie der Betroffenheit der Bürger von der zweiten Diktaturgeschichte in Deutschland; die der Bundesrepublik waren vor 1990 von dieser flächendeckenden Überwachung nicht betroffen.

IV. DIE BEHÖRDE DES „BUNDESBEAUFTRAGTEN FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DDR“

Am 20. Dezember 1991 verabschiedete der Bundestag das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Mit diesem Gesetz wurde die SED-Diktatur endgültig zum Thema der politischen Auseinandersetzung im Vereinigungsprozess. Sie drohte, die Gräben zwischen West und Ost, die noch bestanden, erneut zu vertiefen. Um dem

⁵ Helmut Müller-Enbergs: *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit*, Berlin 1996, S. 14.

⁶ Karl-Wilhelm Fricke: *Staatssicherheit*, in: *Lexikon des DDR-Sozialismus*, in: *Lexikon des DDR-Sozialismus*, hrsg. Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke, Dorothee Wilms, zwei Bände, Paderborn 1997, Bd. 1, S. 598.

vorzubeugen, bedurfte es der historischen Erinnerung aller Deutschen an die Teilung, die gemeinsames Schicksal war.

Es dauerte lange, bis dieser Akt der Selbstbefreiung durch Aufklärung auch im Westen verstanden wurde. Im zweiten Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, den er 1995 dem Deutschen Bundestag vorlegte, werden die Ergebnisse einer Untersuchung des psychologischen Instituts der Universität Hamburg über die Bedeutung der Akteneinsicht für die betroffenen Bürger referiert. Auf die Frage, welche Bedeutung die Akteneinsicht für sie gehabt habe, „antworten 58 %, sie wüssten jetzt, dass die Staatssicherheit alle wichtigen Lebensbereiche ausgeforscht habe, 95 % der Befragten sind der Auffassung, es sei richtig gewesen, die Unterlagen einzusehen. 80 % geben an, die Situation sei danach nicht mehr so belastend.“⁷ Bundeskanzler Helmut Kohl bekannte sich 1996 zu seinem Lernprozess in dieser Frage: „Wenn ich heute zurückschaue, dann halte ich diese Entscheidung von damals für richtig, wengleich ich zeitweise daran gezweifelt habe. Ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften. Dies ist nicht eingetreten, weil es die Opfer verstanden haben, mit dieser düsteren Hinterlassenschaft verantwortungsbewusst umzugehen.“⁸ Das Stasi-Unterlagen-Gesetz war ein Votum für den Prozess der Aufklärung über die zweite deutsche Diktatur als unverzichtbarer, historischer Beitrag zur inneren Vereinigung des Landes auf dem Boden von Demokratie und Rechtsstaat. Am 2. Januar 1992 öffnete die Behörde ihre Tore für die Akteneinsicht.

V. EINE HISTORISCHE ENQUETE-KOMMISSION DES BUNDESTAGES ZWISCHEN AUFKLÄRUNG UND POLITISCHER STABILITÄT

Im gleichen Jahr wuchs die Einsicht, dass die öffentliche Verhandlung über die zweite Diktatur und ihren Platz in der deutschen Geschichte unabweisbar war. Aber wie sollte sie vonstattengehen?

Den institutionellen Ausweg fand in dieser Situation der Bundestagsabgeordnete Markus Meckel, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR im Herbst 1989. Er schlug eine Enquete-Kommission des Bundestages zur DDR-Geschichte vor: „Der Deutsche Bundestag, als höchstes gewähltes Gremium, mit Abgeordneten aus ganz Deutschland, trägt besondere Verantwortung für die Aufarbeitung dieser Geschichte.“⁹

⁷ *Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1750, 29.6.95, Sachgebiet 252, S. 17.*
⁸ *Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 463 f.*

⁹ *SPD-Bundestagsfraktion, Rundbrief, Bonn, vom 28. November 1991: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit der DDR, zit. nach: Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, in: Deutschlandarchiv, Heft 11/1995, 28. Jg., S. 1176.*

Mit der Einsetzung dieser Enquete-Kommission „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ im Frühjahr 1992 fällt der Bundestag eine weitere geschichtspolitische Grundsatzentscheidung zum Umgang mit der SED-Diktatur. Da ihre Geschichte alle Deutschen betraf, wurde auf Antrag des Abgeordneten Dirk Hansen (FDP) der Name der Kommission um eine Ortsbestimmung ergänzt: „in Deutschland“. „Einmalig für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war das Unterfangen, dass ein deutsches Parlament sich selber die Aufgabe der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ stellte.“¹⁰

In der Einsetzungsdebatte um die Kommission lieferte wenige Wochen nach der Öffnung der Stasi-Unterlagen-Behörde die MfS-Problematik den roten Faden. Einer der Bürgerrechtler aus der DDR, der Abgeordnete Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen), sprach über erste persönliche und politische Erfahrungen im Umgang mit diesen Akten. Empört prangerte er den interessegeleiteten Umgang vor allem mit den schmerzhaften Erkenntnissen der Diktaturoppfer aus ihrer Akteneinsicht an. Die Medien zogen in ihrer Berichterstattung nicht selten MfS-Offiziere heran, die diese Ergebnisse aus ihrer Sicht und Erfahrung systematisch in ihrer Bedeutung abwerteten. Poppe war empört:

„Unerträglich finde ich es auch, wenn Stasi-Täter als Kronzeugen aufgerufen werden, um je nach Interessenlage andere zu be- oder entlasten, wenn sie als glaubwürdig gelten, die von ihnen selbst angelegten Akten aber als unglaubwürdig, oder wenn sie sich andererseits unter Berufung auf eine ihnen von anderen Tätern auferlegte Schweigepflicht weiterhin in ihren Villen verschanzen. Die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung darf nicht behindert werden. Jedoch sind eindeutige Feststellungen und zugleich eine sehr viel differenziertere Betrachtungsweise als bisher nötig. Nach der Durchsicht meiner mehr als 10.000 Blatt umfassenden ‚Sammlung‘ in den letzten zehn Wochen darf ich sagen, dass das Stasi-Unterlagengesetz vorerst hinreichende Voraussetzungen für die Aufarbeitung dieser Akten bietet.“¹¹

Er schloss seine Rede mit einem leidenschaftlichen Appell an die deutsche Öffentlichkeit, eine Wahrheit über ihre Landsleute aus der DDR zu beherzigen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, aber noch weniger eines von Denunzianten.“¹²

10 Dirk Hansen: *Befreiung durch Erinnerung, zur Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in: Deutsche Studien, Vierteljahreshefte der Ost-Akademie e.V., Lüneburg, Heft 125, XXXII. Jahrgang, März/Juli 1995, S. 71.*

11 Gerd Poppe, *Einsetzungsdebatte*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, neun Bände in 18 Teilbänden, hrsgb. Vom Deutschen Bundestag Baden-Baden 1995, Bd. I, S. 50 f.*

12 I Band I., *Ebd.*, S. 53.

Eine ganz andere Dimension der Stasi-Akten bewegte die verantwortlichen Politiker aus dem Westen. Sie dachten mit Sorge an ihre Parteiorganisationen im Osten. Das gesamtdeutsche Parteiensystem war immer noch labil, zwar waren Programmatik und Politiker aus dem Westen in die DDR transferiert worden, aber die Parteiorganisationen von CDU, SPD und FDP gewannen im Osten nur langsam Bodenhaftung, viele Mitglieder aus den alten DDR-Blockparteien verließen die westlich dominierten gesamtdeutschen Parteien CDU und FDP. Die im Herbst 1989 neu gegründeten Parteien bekamen, wie z.B. die Sozialdemokraten, nicht genügend Mitglieder oder gingen wieder unter, wie der „Demokratische Aufbruch“ oder die „Deutsche Soziale Union“ (DSU). Die Probleme der großen Volksparteien in den neuen Bundesländern unterschieden sich zudem im Hinblick auf die Deutschlandpolitik von CDU/CSU und SPD vor 1989. Die CDU lehnte es bis zum Fall der Mauer ab, mit der gleichnamigen „Blockpartei“ aus der DDR Beziehungen aufzunehmen. Damit unterschied sie sich von der FDP, die durchaus Gespräche mit den Liberaldemokraten aus der DDR führte. Die SPD ging noch einen Schritt weiter, sie hatte 1982 direkte Parteibeziehungen zur SED aufgenommen.

Die Sorge um die politische Destabilisierung der „neuen Länder“, die durch die Öffnung der Stasi-Akten hätte eintreten können, war in dieser Einsetzungsdebatte der Enquetekommission deutlich zu spüren. Für die Stabilität der staatlichen Verwaltung kam ein weiteres Problem hinzu, das aber nicht weiter thematisiert wurde. Im Einigungsvertrag hatten sich beide Regierungen darauf geeinigt, die Angestellten der DDR-Staatsverwaltung weitgehend in den öffentlichen Dienst der Kommunen und der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Nur noch die verschwiegene Tätigkeit für das MfS sollte nach der Vereinigung eine außerordentliche Kündigung solcher Staatsangestellten erlauben.

Die Einsetzungsdebatte zur Enquete-Kommission im Bundestag im März 1992 demonstrierte einerseits den Konsens unter den demokratischen Parteien, es nicht zuzulassen, dass die Geschichte der DDR auf die Stasi-Thematik reduziert würde. Sie zeigte andererseits, wie eng „Aufarbeitung“ und „Bewältigung“ einer Diktatur als Themen politischer Kommunikation mit Tagesfragen und aktuellen Auseinandersetzungen unter den Parteien verknüpft sind.

Die aus der DDR stammende Abgeordnete Angela Merkel (CDU), forderte von der Kommission auch die Beschäftigung mit der westlichen Wahrnehmung der DDR: „Verwundert waren wir im Osten oft darüber, welche Illusionen man sich im Westen über die DDR macht. Auch darüber müssen wir, so meine ich, diskutieren.“¹³ Die internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Teilung und die Bedeutung der sowjetischen Politik für die Stabilität der DDR standen

13 Ebd., S. 110.

nicht im Zentrum der Debatte. Wolfgang Mischnick (FDP) warnte ausdrücklich davor, die internationale Dimension der deutschen Frage zu übersehen: „Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, dass die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil – den ich für den wichtigsten halte – betrachtet. Sie muss sich vielmehr darüber im Klaren sein, dass das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird.“¹⁴

Dem Mehrheitswillen des Bundestages, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die über Geschichte und Folgen der SED-Diktatur verhandeln sollte, widersprach entschieden der Abgeordnete Uwe Jens Heuer von der PDS. Für ihn war die DDR ein völkerrechtlich durch den Grundlagenvertrag von 1972 auch von der Bundesrepublik anerkannter souveräner Staat. Der Bundestag hätte somit nach seiner Meinung kein Recht, über die DDR zu urteilen. Er führte den Kalten Krieg in und um Deutschland und die Einbeziehung beider deutscher Staaten in gegensätzliche Bündnissysteme ins Feld, um zu verlangen, dass nicht allein über „Unrecht und Demokratieverletzungen in der DDR zu reden ist“.¹⁵ Das langjährige SED-Mitglied und nun freigewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages ignorierte als Jurist völlig das verfassungsrechtliche Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Die Präambel des Grundgesetzes hatte 1949 als Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland die Aufgabe festgelegt, die Einheit Deutschlands in Freiheit in einem vereinten Europa herbeizuführen, das war 1990 geschehen.

VI. DIE DEUTSCHE EINHEIT UND DIE GESCHICHTE DER TEILUNG – DIE MAHNUNG WILLY BRANDTS

Die letzte Rede des Altkanzlers Willy Brandt im Deutschen Bundestag galt der Einsetzung dieser Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur. Er bestimmte ihre Aufgaben aus der Perspektive des republikanischen Staatsmannes, dem es noch vergönnt war, das Ende der deutschen Teilung zu erleben. Niederlagen, Exil, Brüche und Erfolge prägten seinen politischen Lebensweg: Das Ende der Weimarer Republik brachte den jungen Sozialisten in Lebensgefahr, er musste vor dem nationalsozialistischen Terror nach Norwegen ins Exil fliehen; nach dem Krieg kehrte er in das zerstörte Berlin zurück, erlebte ohnmächtig die Teilung Deutschlands und beteiligte sich aktiv am Kampf um die Freiheit West-Berlins gegen die Kommunisten. Als Regierender Bürgermeister der Stadt erlebte er den Mauerbau 1961, und mit der neuen Ostpolitik schlug er als Kanzler eine Brücke der Bundesrepublik Deutschland nach Moskau, die Helmut Kohl 1989/90 für die Verhandlungen über die deutsche Einheit nutzen konnte. Brandts politisches Leben nach 1945

¹⁴ Ebd., S. 90.

¹⁵ Band I., Ebd., S. 89.

war geprägt von der deutschen Teilung. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 10. November 1989 fand er auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses im Berlin die Worte, die den Vereinigungsprozess einleiten sollten: „Nun wächst zusammen, was zusammen gehört!“ Es war der gleiche Balkon, von dem er den empörten und ratlosen Berlinern 1961 im August zurief, dass „wir die Teilung der Stadt des Landes niemals akzeptieren“ werden.

Mit diesem historischen Blick auf dieses Jahrhundert deutscher Geschichte bestimmte der Altkanzler die Aufgaben der Kommission: „Aufdeckung und Aufklärung“ über Strukturen und Methoden der SED-Diktatur sollten im Mittelpunkt stehen, „zumal wo es um die Machtzentren von Partei, Staat und so genannter Staatssicherheit geht, und wo es sich um das Ausmaß der unterschiedlich festzumachenden Verantwortung handelt.“¹⁶

Die Kommission sollte nach Brandts Vorstellung einen notwendigen, geschichtspolitischen Beitrag zur deutschen Vereinigung leisten. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Erbe musste folglich „als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden werden, auch als Beitrag zu jener Aussöhnung, die Wahrhaftigkeit voraussetzt.“ Nachdrücklich mahnte er zum demokratischen Konsens, „wo es um das Unglück geht, das dem anderen Teil Deutschlands widerfuhr, als wir miteinander die Nazi-Herrschaft hinter uns hatten. ... Es kann jetzt schon gar nicht angehen, dass die Landsleute in den missverständlich so genannten neuen Ländern alleingelassen werden, wo es darum geht, das ihnen unter sowjetischer Herrschaft und kommunistischer Diktatur auferlegte bedrückende Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten und so ordentlich wie möglich hinter sich zu bringen.“¹⁷

Eine klare Absage erteilte er allen Versuchungen, einen politischen Schlussstrich zu ziehen. „Ich halte gerade nach den Jahren 1933 bis 1945 wenig oder nichts von der Therapie des Gras-wachsen-lassen. Es kann aber auch nicht darum gehen, Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört.“¹⁸

¹⁶ Band I., Ebd., S. 32.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.



Prof. Dr. Axel Klausmeier

DIE GRENZE IN DER DEUTSCHEN ERINNERUNGSKULTUR

Rückblickend lässt sich Vieles gut analysieren, Manches aber erhält sich trotz tiefgehender Begründungen einen letzten Rest Rätselhaftigkeit: Während sich im Herbst 1989 fast alle einig waren, dass die Grenzanlagen, und insbesondere die Mauer mitten durch Berlin, so schnell und rückstandsfrei wie möglich verschwinden mussten, stürzten sich Bürgerrechtler und bald auch Forscher verständlicherweise insbesondere auf den sichtbarsten Hauptfeind des Volkes: die Staatssicherheit. Man ging, ohne es zu wollen, in die „Stasifalle“. Materielle, also bauliche Quellen des SED-Regimes sollten – das war parteien- und fraktionsübergreifend allgemeine Überzeugung – möglichst rückstandslos verschwinden. Demgegenüber sollten durch die Besetzung der Stasizentralen im Dezember 1989 und insbesondere auch am 15. Januar 1990 in Berlin so viele Akten wie möglich gesichert werden. Bei den Grenzanlagen hieß es verständlicherweise: „So schnell wie möglich weg damit“, um wieder Normalität zu erreichen. In gewisser Weise taten die Berlinerinnen und Berliner also genau das, was ihnen der frühere Regierende Bürgermeister Willy Brandt in seiner gestanzten Art seit 1961 eingetrichtert und aufgetragen hatte: Sein „Die Mauer muss weg!“ zeigte Wirkung. Die Berlinerinnen und Berliner waren wie entlassene Gefangene, die ihre Gefängniskleidung¹ abwerfen wollten und die-

¹ Siehe hierzu: Rainer E. Klemke, *Das Gesamtkonzept Berliner Mauer*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung*, München 2011, S. 377-393, hier S. 377.

se Gefängnis Kleidung, das war die Mauer. Genau 200 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille zerstörten sie mit Hilfe der Grenztruppen, der Bundeswehr und mit schwerem Gerät der Britischen Armee das so gehasste Bauwerk und das alles auf Geheiß des einzig frei gewählten Parlaments der DDR, das zugleich das effizienteste der Deutschen Geschichte war. Mitte März gewählt, folgte Ende März das Gesetz zum Abriss der Mauer, das ab dem 13. Juni 1990 umgesetzt wurde. Kurz vor der Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurden Ende September in letzter Sekunde noch rund 12 kurze Abschnitte vom noch existierenden Ostberliner Institut für Denkmalpflege in die Ostberliner Denkmalliste eingetragen.² Dann wurde die Mauer erst einmal ad acta gelegt, jedenfalls für den überwiegenden Teil der Bevölkerung.

Doch dass sich die Geschichte der Teilung und das Jahrhundertereignis des Mauerfalls und der Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf die alleinige Darstellung in Geschichtsbüchern und Bildbänden beschränken lassen, wussten zahlreiche Privatpersonen, Initiativgruppen und staatliche Stellen, die bereits kurz nach der Friedlichen Revolution von 1989 Orte als materielle Beweisquellen sichern wollten. Aus ihren bürgerschaftlichen Ideen entstanden nicht nur in Berlin, sondern auch entlang der einstigen innerdeutschen Grenze Museen, Gedenkstätten und Denkmale, die sich in vielfältigster Art und Weise mit der jüngsten deutschen Geschichte auseinandersetzen. Jede dieser Einrichtungen hat ihr eigenes Spezifikum und zeigt das Thema „Deutsche Teilung“ anhand von geographischen, regionalen oder lokalen Besonderheiten. Einige dieser ehemaligen Grenzorte, etwa Mödlareuth (Thüringen/Bayern), auch als „Little Berlin“ bekannt, da sich die Mauer mitten durch den Ort zog, der vormalige US-Beobachtungsposten Point Alpha (Hessen/Thüringen) und die ehemalige Grenzübergangsstelle Autobahn Helmstedt / Marienborn (Sachsen-Anhalt / Niedersachsen), sind seit 2011 mit dem Europäischen Kulturerbesiegel geadelt.

Diese Orte, ihre Zäune, Wachtürme und Stacheldrähte sind jedoch nur der sichtbare Teil der Trennung. Wichtiger aber erscheint die Vermittlung der historischen Hintergründe, der politischen und wirtschaftlichen Folgen und nicht zuletzt der Auswirkungen auf das Leben der Menschen an und mit dieser Grenze. 1996 schlossen sich daher diese Einrichtungen zur „Arbeitsgemeinschaft Museen, Gedenkstätten und Denkmale der ehemaligen innerdeutschen Grenze“ zusammen, zu einem Zeitpunkt, als die Sicherung der Orte zumeist bürgerschaftlichem Engagement überlassen war, das durch einzelne staatliche Projektförderung immer wieder auch staatliche Unterstützung erhielt.

² Siehe hierzu: Peter Goralczyks Beitrag in der Gesprächsrunde „Gefunden und Verloren: Metamorphose von der Spreeanlage zum (fast verschwundenen) Denkmal“, in: *Tagung Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz vom 10.-12. Mai 2009 in Berlin, Baden-Baden 2009* (= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 76,2), S. 51-64, hier S. 53.



Luftaufnahme der Gedenkstätte Berliner Mauer, © J. Hohmuth

Parallel zu diesem in den frühen 90er Jahren eher sporadisch zu nennenden Umgang mit dem materiellen Erbe „Berliner Mauer“ konzentrierte sich, wie bereits angedeutet, die wissenschaftliche historische Forschung gerade nicht auf die Geschichte des Bauwerks Mauer, sondern man untersuchte die Ursachen und Folgen der Teilung, die doppelte Staatsgründung. Die Geschichte der Zweistaatlichkeit dominierte das Forschungsinteresse und im Vordergrund stand die Stasi. Man vernachlässigte sowohl die Partei, die für dieses System die Verantwortung trug, als auch die materiellen Auswirkungen, nämlich das Bauwerk und das Grenzregime, die die Kontinuität der Macht überhaupt erst zu garantieren halfen.

Hatte die Aufarbeitung der gerade erst untergegangenen SED-Diktatur in gewisser Weise mit der Sicherung der Akten durch die Stürmung der Stasizentralen durch friedliche Bürgerrechtler begonnen und war durch die Arbeitsaufnahme der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen am 3. Oktober 1990 ein Fundament für wissenschaftliche Forschung und den verantwortungsvollen Umgang mit den oft auch personenbezogenen Akten gelegt, so nahm seit Mai 1992 auch die erste der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ihre Arbeit auf. Daraus resultierten zahlreiche weitere Initiativen und auch Institutionen, etwa die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, deren Gründung durch die zweite Enquete-Kommission angeregt worden war. Die Bundesstiftung nahm im Herbst 1998 ihre Arbeit auf.

Erst 1999 war eine erste wissenschaftliche Untersuchung zum Umgang mit den Resten der Mauer seit ihrem Fall erschienen, nämlich Polly Fevershams

und Leo Schmidts „The Berlin Wall today / Die Berliner Mauer heute“.³ Die Errichtung von Gedenkstätten, die sich den Opfern der Mauer wie auch den authentischen Handlungsorten des SED-Unrechts widmeten, lag vielerorts noch immer in Bürgerhand; die Politik wagte sich erst langsam an die noch heftig qualmende Geschichte. Ohne eine dauerhafte Beteiligung der Länder und insbesondere auch des Bundes an der Finanzierung von Gedenkstätten als den Kristallisationskernen einer Erinnerungskultur an die beiden Diktaturen in Deutschland waren diese nicht zu etablieren. Der 13. Deutsche Bundestag beauftragte 1995 seine Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit« mit der Ausarbeitung einer Gedenkstättenkonzeption und der Bestimmung der Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung.⁴ Die nationalsozialistische Diktatur betraf Deutschland insgesamt, die Stätten des Gedenkens an sie waren folglich über das ganze Land verteilt. Die Gedenkstätten aber, die sich der Opfer der kommunistischen Diktatur annahmen, beschränkten sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Die Kommission würdigte auch die zentrale historische Rolle Berlins in den beiden Diktaturen, deren Zentralen hier ihren Sitz hatten. Daher ist die Konzentration von zeithistorischen Museen und Gedenkstätten in Berlin besonders groß. Eine weitere zentrale Aufgabe löste die Kommission im Blick auf die doppelte Diktaturgeschichte. Im Vergleich der



Aufsicht auf den ehemaligen Todesstreifen, © J. Hohmuth

³ Polly Feversham/Leo Schmidt, *The Berlin Wall today / Die Berliner Mauer heute*, Berlin 1999.

⁴ Siehe auch: Manfred Wilke, *Erinnern für die Zukunft. Die Gedenkstätte Berliner Mauer im Kontext des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes*, in: *Deutschland-Archiv* 1(2011), online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/54235/erinnern-fuer-die-zukunft?p=all> (Stand: 3. Juni 2013).

Diktaturen untereinander sollten die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft nicht »relativiert« und die der SED nicht »bagatellisiert« werden. Diese Formel leistete einen wesentlichen Beitrag für die Etablierung einer bundesstaatlichen Gedenkstättenkonzeption für beide Diktaturen. Der Bundestag verabschiedete dieses Gedenkstättenkonzept und es wurde zur konzeptionellen Grundlage für die Förderung der Gedenkstätten von nationaler Bedeutung durch den Bund. Damit gelang es, »in der Bundesrepublik negatives Gedächtnis als staatlich geförderte, öffentliche Aufgabe zu etablieren und zu einer Ressource für demokratische Kultur und diese fundierende Bildungsprozesse zu machen«. Dieser Gedanke der Erziehung zur Demokratie durch Erinnern an die doppelte Diktaturgeschichte findet sich als Leitmotiv auch in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 2007: »Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte immer wieder neu vermittelt werden«. ⁵

Nun liegt in der Bundesrepublik die Kulturhoheit aber bei den Bundesländern. Bis 1990 war die Errichtung und Unterhaltung von Gedenkstätten an die nationalsozialistische Diktatur bis auf Ausnahmen keine Angelegenheit des Bundes. Vielmehr war der bundeseitige Einstieg in die Förderung von Gedenkstätten eine direkte Folge der deutschen Vereinigung. Auslöser war die Umgestaltung der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR« in den ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück.⁶ Die Gestaltung dieser Gedenkstätten sollte in der DDR nicht nur an die Opfer nationalsozialistischen Terrors erinnern, sondern auch der antifaschistischen Legitimation der SED-Diktatur dienen. So fand das Leid der Opfer der sowjetischen Speziallager von 1945 bis 1950 in ihnen keine Erwähnung. Die neuen Gedenkstätten verstanden sich hingegen als wissenschaftlich fundierte Lernorte und nicht als Orte der Politpropaganda. Im Unterschied zu den klassischen Geschichtsmuseen sind sie »Denkmale aus der Zeit sowohl Tat- und Leidensorte wie auch – konkret und symbolisch – Grabfelder und Friedhöfe«.

Die innerdeutsche Grenze und die Mauer trennten die beiden deutschen Staaten, erwiesen sich aber auch als Klammer der getrennt verlaufenen, deutschen Nachkriegsgeschichte. An diese getrennte Gemeinsamkeit erinnern die aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgegangenen Grenzlandmuseen an der ehemaligen innerdeutschen Zonengrenze und die Erinnerungs- und Gedenkorte an die Mauer in Berlin. Deren gesamt-nationale Bedeutung unterstrich die Kommission: »Die Erinnerung an Teilung und Grenzregime ist in der ehemals geteilten Stadt Berlin von besonderer Bedeutung.«

⁵ Siehe hierzu auch das Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Mauer, online unter: <http://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/stiftung-8.html> (Stand: 3. Juni 2013).

⁶ Siehe auch hierzu Wilke, *Erinnern* (wie Anm. 4).



Fenster des Gedenkens, © Gedenkstätte Berliner Mauer

Die Jahre zwischen 1990 und 2005 standen in Berlin im Zeichen des Mauervergessens.⁷ Ein zähes Ringen um eine Gedenkstätte als Kristallisationspunkt für die Erinnerung an die Teilung der Stadt begann. Nach dem Mauerfall war die Frage für die Stadt und ihre Politiker, wie viel Mauer zur Erinnerung für die Nachgeborenen bewahrt werden sollte. Die Denkmalschützer als Anwälte dieser Erinnerung erlitten in der allgemeinen Abrissfreude von 1990 eine Niederlage. Sie nahmen zwar die Mauerreste in der Bernauer Straße in die Denkmalliste des Landes Berlin auf, konnten sie aber gegen die Stimmung der Berliner und die Politik der von Eberhard Diepgen geführten großen Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten nur mit mäßigem Erfolg durchsetzen. Der 30. Jahrestag des Mauerbaus 1991 führte immerhin zu einem Beschluss des Berliner Senats, in der weitgehend geschleiften Bernauer Straße eine »Erinnerungs- und Gedenkstätte Berliner Mauer« zu errichten. Aufgrund der besonders eindrucksvollen Teilungsgeschichte der Bernauer Straße einigten sich Land und Bund darauf, die Bernauer Straße zum zentralen Ort »des Gedenkens an die Berliner Mauer zu machen«; allerdings vergingen weitere acht Jahre zähen Ringens, bis der zwischen zwei Stahlwänden befindliche, teilrekonstruierte Grenzstreifen der Gedenkstätte, das so genannte „Denkmal“, 1999 durch die damals junge Ministerin Angela Merkel eröffnet werden konnte.

All diesen Bemühungen der Berliner Politik, der Erinnerung an die Mauer einen Ort zu geben, haftete etwas Halbherziges an. Ein Hauptgrund hierfür lag sicher an den gespaltenen Ost-West-Erinnerungen an die Teilung der Stadt. Weitere

⁷ Siehe hierzu: Axel Klausmeier/Leo Schmidt, *Mauerrelikte*, in: Henke, *Mauer* (wie Anm.1), S. 342-354.

sechs Jahre vergingen, bis Öffentlichkeit und Politik in Berlin durch eine private Provokation die Lücke gezeigt wurde: In der Stadt gab es, so hieß es – und dabei die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße negierend, die ausdrücklich den „Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft“ gewidmet ist – keinen Ort mehr, der an die schmerzhaftige Teilung erinnerte. Das private Museum »Haus am Checkpoint Charlie« hatte auf einem gepachteten Grundstück an der Berliner Friedrichstraße ein privates Mahnmal für die Toten an der Mauer und der innerdeutschen Grenze errichtet. Es bestand aus einem 144 Meter langen Stück rekonstruierter Grenzmauer und 1065 Holzkreuzen, wobei jedes dieser Kreuze für einen namentlich bekannten Toten der innerdeutschen und der Berliner Grenze stehen sollte. Während der von Klaus Wowereit geführte Senat und die SPD-PDS-Koalition diese »Aktionskunst«, die jeder wissenschaftlichen Basis entbehrte, verurteilten, brachten Besucher und Vertreter der Opferverbände ihre Erleichterung zum Ausdruck, dass endlich mitten in der City demonstrativ auch der Toten an der Mauer gedacht wurde. Die Provokation wirkte: Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus FDP, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD sorgten im Parlament für einen Beschluss, in dem gefordert wurde, die Gedenkstätte Bernauer Straße auszubauen. Die Bundesregierung und das Land Berlin sollten bis zum 13. August 2005 ein Rahmenkonzept vorlegen.⁸ Der Druck des Bundestages zeigte Wirkung, denn im April 2005 legte ausge-rechnet ein linker Senator, der Senator für Kultur- und Wissenschaft, Thomas Flierl (PDS), den ersten Entwurf für das dezentral organisierte »Gedenkkonzept Berliner Mauer« vor. In dem vorgelegten Konzept formulierte der Senat seine Absicht, den »Schnitt durch eine ganze Stadt« in einem dezentralen, also auf zahlreiche „Mauerorte“ bezogenen Konzept sichtbar zu machen.⁹

Im Wesentlichen ging es um folgende Grundkonstanten: *Erstens* sollten authentische Relikte der früheren Grenze in deren gesamtem Verlauf bewahrt werden. Darüber hinaus sei ein größerer zusammenhängender Abschnitt der Grenzsicherungsanlagen erfahrbar zu machen. Hierfür biete sich ausschließlich der Bereich an der Bernauer Straße an. *Zweitens* habe das Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer seinen zentralen Ort an der Gedenkstätte in der Bernauer Straße. *Drittens* sei der Wunsch des Deutschen Bundestages, im Bereich von Brandenburger Tor und Deutschem Bundestag an die Berliner Mauer zu erinnern, ihrer Opfer zu gedenken und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung Ausdruck zu geben, zu respektieren. Dies solle jedoch nicht zu einer Konkurrenz zur zentralen Gedenkstätte an der Bernauer Straße führen. Es werde deshalb die Einrichtung eines Ortes für die Information im zukünftigen U-Bahnhof Brandenburger Tor vorgeschlagen.

⁸ Siehe hierzu Axel Klausmeier, *Die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße*, in: Henke, *Mauer* (wie Anm. 1), S. 394-406.

⁹ Siehe hierzu: Klemke, *Gesamtkonzept* (wie Anm.1); sowie das Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Mauer, online unter: <http://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/stiftung-8.html> (Stand: 3. Juni 2013).

Viertens sei die Berliner Mauer nicht nur ein Berliner und ein deutscher Erinnerungsort. Was Berlin fehle, sei ein Ort im Zentrum der Stadt, an dem sich die Konfrontation der Weltmächte dokumentieren lasse. Für den Bereich am Checkpoint Charlie werde deshalb vorgeschlagen, einen Ort der Dokumentation zu schaffen, der den Grenzübergang an der Friedrichstraße und die Berliner Mauer in ihren weltpolitischen Bezügen darstelle.

Fünftens müsse die dezentrale Struktur der Erinnerungslandschaft, die sich in den vergangenen 15 Jahren entwickelt habe, weil nur noch Reste der Mauer vorhanden waren und sich die um sie gebildeten Initiativen an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten verdichtet haben, respektiert werden. Die zahlreichen Einzelinitiativen von Organisationen und Vereinen seien überwiegend Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements. Sie sollten entsprechend gewürdigt und gestärkt werden.

Sechstens verdiene das bereits begonnene Projekt des Berliner Mauerweges, der als Fuß- oder Fahrradweg wichtige Spuren und Stätten der Erinnerung miteinander verbinde, verstärkte Unterstützung. Er sei mit vorhandenen Informationsmedien, wie z.B. der Geschichtsmühle, zu verknüpfen und einheitlich zu kommunizieren. In diesen Kontext gehöre es auch, die Kennzeichnung des Mauerverlaufes durch die Doppelpflastersteinreihe und die Bronzetafel mit der Inschrift fortzusetzen.

Siebtens ließen sich aufgrund ihrer Geschichte und der vorhandenen materiellen Zeugnisse die verschiedenen Erinnerungsorte jeweils spezifischen, einander ergänzenden Themen zuordnen. Die Orte verweisen damit jeweils aufeinander und konstituieren einen übergreifenden Kontext, ohne ihre besondere Perspektive zu verlieren. Ein flankierendes Kommunikationskonzept, das vom Flyer über elektronische Angebote und Audioguides bis zu einer integrierten Einbindung des öffentlichen Nahverkehrs, vor allem der U- und S-Bahnhöfe, reicht, solle diesen Kontext deutlich machen. Ebenso sei zu prüfen, ob an geeigneten Orten virtuelle Rekonstruktionen der Grenzsituation oder künstlerische Projekte realisiert werden sollten.

Kurz: Es ging um die Entwicklung eines dezentralen Gedenkkonzeptes, bei dem die hier miteinander vernetzten 15 unterschiedlichen Mauer-Orte unterschiedlichen Widmungen folgten. Die Basis der Benennung dieser Orte bildete eine präzise Inventarisierung der baulichen Mauerreste, die Axel Klausmeier und Leo Schmidt zwischen 2001 und 2003 für den Berliner Senat erstellt hatten. Das Konzept, für das in den folgenden Monaten insgesamt rund 37 Millionen Euro beim Land Berlin, beim Bund und beim EU-EFRE-Programm zusammengetragen wurden, ist vom Leitgedanken getragen, dass den Opfern durch ein würdiges Gedenken die Würde zurückgegeben wird und es sich bei der Mauer nicht nur um ein nationales Monument der Deutschen handelt, sondern vielmehr um ein internationales Symbol für den Kalten Krieg. Dieser Ambivalenz zwischen



Informationsstelen auf dem Außengelände der Gedenkstätte Berliner Mauer, © J. Hohmuth

nationalem und internationalem Anspruch soll das Zentrum dieses dezentralen Konzeptes, nämlich die Gedenkstätte in der Bernauer Straße, Rechnung tragen, denn hier soll »das Gedenkensemble lokale, nationale und internationale Dimensionen der Berliner Mauer gleichermaßen thematisieren«.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde auch die Stiftung Berliner Mauer gegründet, die zu gleichen Teilen von Land und Bund finanziert wird und die einen Zusammenschluss aus der zuvor aus bürgerschaftlichem Engagement hervorgegangenen Gedenkstätten Berliner Mauer und der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde bildet. Somit wird unter dem Dach der Stiftung die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte umfassend behandelt.

Die Stiftung nahm im Januar 2009 ihre Arbeit auf und hat seitdem den Ausbau der Gedenkstätte als ein Hauptziel ganz wesentlich vorangetrieben. Wesentliche Gestaltungscharakteristika der Gedenkstätte in der Bernauer Straße sind folgende:¹⁰

Erstens wird auf jegliche Rekonstruktion verzichtet. Um die Glaubwürdigkeit der Gedenkstätte im Sinne von historischer Wahrhaftigkeit zu unterstreichen, werden die erhaltenen baulichen Reste der Grenzanlagen durch Nachzeichnungen und Sichtbarmachungen verloren gegangener Strukturen aus Cortenstahl ergänzt. Ebenso werden der Verlauf von Fluchttunneln sowie die Grundrisse der abgeris-

¹⁰ Zum Folgenden siehe auch: Klausmeier, *Gedenkstätte* (wie Anm. 8).



Luftaufnahme der Gedenkstätte Berliner Mauer mit Besucherzentrum, © J. Hohmuth

senen Häuser durch Cortenstahlbänder nachgezeichnet. Mit der Handlungsrichtlinie „keine Rekonstruktion“ wird jeglicher Bruch des Vertrauens der Besucher in die Authentizität des Ortes vermieden. Wenn sich das materielle Zeugnis selbst in Teilen als Fälschung erwiese, zerstöre es die Glaubwürdigkeit des gesamten Ortes und stelle die Wahrheit des Ortes und der Wahrheit seiner Geschichte infrage. Gedenkstätten müssen auf Authentizität und Glaubwürdigkeit im Sinne der Erhaltung überlieferter Strukturen setzen, da sie sich ansonsten langfristig selbst schaden. Grundsätzliche Infragestellungen wären die Folge. Jörn Rüsen spricht in diesem Zusammenhang vom „Pathos der Tatsächlichkeit“¹¹.

Zweitens macht die historische Vielschichtigkeit und die große Ereignisdichte einerseits sowie die Weitläufigkeit des Geländes andererseits eine chronologische, geradlinige Erzählung der Geschichte der Berliner Mauer unmöglich. So wurde ein Ausstellungssystem für den Grenzstreifen mit einem Informationssystem entwickelt, das den direkten Ortsbezug garantiert. Die Ausstellung erläutert mithilfe von Infostellen und Informationsangeboten die wichtigsten Ereignisse und die historischen Zusammenhänge und bindet diese so an den historischen Ort zurück.

¹¹ Jörn Rüsen, *Über den Umgang mit den Orten des Schreckens. Überlegungen zur Symbolisierung des Holocaust*, in: Dieter Hoffmann (Hg.), *Das Gedächtnis der Dinge*, Frankfurt a. M. 1998, S. 330-344., hier S. 334. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Qualität der Tatsächlichkeit, die die authentischen Reste haben, eine existenzielle Dimension eröffnet, in die hinein das Geschehnis erinnert werden kann. Zugleich wird es als eines erinnert, das sich der Präsenz des Tatsächlichen entzieht und nur als abwesend erfahrbar ist.

Drittens zeigen „Archäologische Fenster“ teils ältere Schichten der Grenzanlagen, teils Spuren der Stadt, wo sie von Mauer und Grenzstreifen verdrängt worden sind. Durch die museale Rahmung der „Fenster“ werden die materiellen Reste der Grenzanlagen sowie die der zerstörten historischen Strukturen wie in archäologischen Stätten inszeniert und kontextualisiert.

Viertens kommt Anrainer-Brandwänden, die mit großformatigen Fotoreproduktionen an die historische Situation erinnern, eine besondere Signalfunktion für vorbeigehende und -fahrende Personen zu; mit ihnen wird auf den historischen Ort aufmerksam gemacht.

Fünftens gehört zum Gesamtkonzept der Außenausstellung die Neugestaltung der Ausstellung im Dokumentationszentrum. Die Innenausstellung im umzubauenden Dokumentationszentrum an der Bernauer Straße 111 will den „Geist der Diktatur“ erkennbar machen und die Aura des Historischen vergegenwärtigen. Hier geht es darum, eine überzeugende Korrespondenz zwischen der Innenausstellung und dem Freigelände zu schaffen. Innen wird gezeigt oder vertieft, was sich außen nicht oder nicht ohne Weiteres erschließt. Hauptbezugspunkte sind die auch nach dem Fall der Mauer aktiv zu verteidigenden Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechte.

Die neue Gestaltung für die Ausstellung im einstigen Grenzstreifen setzt damit ganz auf die Aura des zerklüfteten Terrains, begreift die Herausforderung als Chance und bindet die Erzählung an die historischen Ereignisorte wie auch an die authentisch überlieferte materielle Substanz zurück. Die durch den Einschnitt der Mauer und der dazugehörenden Grenzanlagen inmitten der mehrgeschossigen Bebauung entstandene Schneise wird das dominierende Strukturelement des Außenraums sein; der auf ganzer Länge vollständig erhaltene Postenweg der DDR-Grenztruppen ist der „rote Faden“ durch das Gelände.

Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus, am 13.8.2011, wurde der Kernbereich der erweiterten Gedenkstätte unter Beteiligung aller Verfassungsorgane der Öffentlichkeit übergeben. Seitdem wird weitergebaut und im nächsten Jahr, zum 25. Jahrestag des Mauerfalls, soll die neue Dauerausstellung im – dann umgebauten – Dokumentationszentrum eröffnet werden.

Um den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder zu paraphrasieren, sei abschließend rhetorisch gefragt: Ist die Gedenkstätte Berliner Mauer nun ein Ort, an den man gerne geht?

Das sollte man zwar eigentlich die Besucher fragen, doch kann man das wohl eindeutig mit „Ja“ beantworten, denn im letzten Jahr kamen rund 700.000 Besucherinnen und Besucher an die Gedenkstätte, und auch im Jahre 2013 mit weiterhin steigender Tendenz. Darunter befinden sich immer mehr hochkarätige Staatsgäste, denn auch die internationalen Botschaften nehmen den

Ort vermehrt wahr. Im Grunde handelt es sich dabei um eine Fortsetzung des „offiziellen“ Besuchsprogramms in Berlin, das es seit Beginn des Mauerbaus gab, nur jetzt mit anderen Mitteln. Während zu Zeiten der Existenz der Mauer systematisch internationale Staatsgäste auf beiden Seiten der Mauer an die menschenverachtenden Sperranlagen mit unterschiedlichen politischen Absichten und Überzeugungen herangeführt wurden, so ist die politische Botschaft heute eindeutig. Waren es damals John F. Kennedy, Martin Luther King, Ronald Reagan, Nikita Chruschtschow oder Valéry Giscard d'Estaing, so sind es heute Prince Harry von England, Prinzessin Victoria von Schweden oder Staats- und Parlamentspräsidenten aus unterschiedlichsten Ländern, die sich von der Botschaft, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind und Erinnerung authentische Orte braucht, hier beeindruckt lassen.



Péter Eötvös

ERINNERUNGSKULTUR IN UNGARN – ERINNERUNG AN DEN KOMMUNISMUS

Ich möchte festhalten, dass ich weder Historiker, noch Soziologe, und auch kein Jurist bin. Ich bin Chemieingenieur, also erwarten Sie keine Analysen oder sonstige tiefgehende Erkenntnisse von meinen Aussagen. Ich beobachte das Geschehen und halte Tatsachen fest. Die Wertung überlasse ich den oben genannten Fachleuten, die dort eher zu Hause sind als ein auf dieses rutschige Gebiet verirrter Naturwissenschaftler.

Erinnerungskultur, Erinnerung, was ist das? Vor allen Dingen stellen wir fest: Diese Begriffe und alles, was sie bedeuten mögen, sind hochgradig subjektiv. Je mehr ein Gegenstand, ein Eindruck unserer Erinnerung in der Vergangenheit zurückliegt, umso subjektiver erscheint es in unseren Wunschbildern. „Meg akarlak tartani téged, ezért választom számodra a megszépítő messzeséget“ – schrieb der große ungarische Dichter Ady. Frei übersetzt: Da ich dich behalten möchte, wähle ich für Dich die alles verschönende Entfernung. Also je weiter in der Vergangenheit das Ereignis liegt, desto schöner erscheint es uns. Die hässliche, auf uns nachteilig wirkenden Details werden immer kleiner, immer bedeutungsloser, und so nimmt das Bild eine mit dem tatsächlichen Original nur entfernt verwandte Gestalt an.

Diese Subjektivität lebt auch aus der Unwissenheit. Die Unwissenheit ist nicht unbedingt Folge von Beschränktheit,

vielmehr Folge von chronischem Informationsdefizit. Und damit sind wir an meinem Thema angekommen.

Mit der Offenheit und Neugierde des Durchschnittsbürgers beobachte ich die Geschehnisse des Lebens, und gleichzeitig habe ich sowohl meine eigenen, als auch die leidvollen Erfahrungen meiner Familie, die wir zur Zeit des kommunistischen Terrors erleiden mussten. Durch meine Funktion als Leiter der KDNP Arbeitsgruppe „Verbrechen des Kommunismus“ und als Präsident des Vereins der ehemaligen Zwangsarbeiter der Zwangsarbeitslager von Hortobágy verrete ich die Leiden meiner Schicksalsgenossen, die allesamt Opfer der Verbrechen von Kommunisten waren. So wird meine Meinung mehr durch meine eigenen Erfahrungen und die meiner Leidensgenossen geformt, als durch die politische Presse und die Literatur. Ich versuche, die aus diesen Quellen gewonnenen Erkenntnisse zu analysieren und weiterzugeben.

Erinnerungskultur. Ich mag das Wort Kultur, weil es etwas Feines, Künstlerisches erahnen lässt; so sind die Esskultur, die Kultur des guten Benehmens, Diskussionskultur und Religionskultur wohlbekannte Begriffe, die wir oft mit bewertender Konnotation verwenden oder sie als Abgrenzung oder verbindendes Element verstehen. Die Königsdisziplin dabei ist die Kultur des Denkens, die unser Alltagsleben bestimmt. Sie leitet unser Leben und beherrscht unsere Lebensqualität. Sie hat eine sehr große Macht, deshalb versuchen viele, uns dieser Kultur des Denkens zu entfremden, um unsere Gedanken von außen zu beeinflussen; das nennen wir Manipulation, die heutzutage immer mehr Raum gewinnt. Die Verantwortung dafür trägt die sensationsheischende Presse aller politischen Prägungen. Die Grundfrage, was gut und was schlecht ist, unterliegt der Ethik; der Inhalt der Ethik wiederum unterliegt der zurzeit herrschenden, auf einem gewissen Konsensus beruhenden gesellschaftlichen Meinung. Diese Meinung ist aber sehr leicht zu beeinflussen. Eine sehr grobe Methode, die gesellschaftliche Meinung zu beeinflussen, ist es, wenn die herrschende Klasse Gewalt anwendet und das Rechtssystem umstellt. Das hat die ungarische Gesellschaft seit 1944 jahrzehntelang erlitten. Nach der relativ kurzen, aber umso blutigeren Periode der Haken- und Pfeilkreuzler kam die deutlich längere Herrschaft des Roten Sterns. Der Umfang der Willkür und des Terrors dieser Zeit wird an der Amnesty von 1953 deutlich, die die erste Imre-Nagy-Regierung erlassen hat. Es waren etwa 800.000 Fälle betroffen. Das heißt, dass etwa jeder vierte Erwachsene in Ungarn unter Repressionen litt bzw. Opfer der Strafverfolgung war.

Diese brutale und gewalttätige Periode des sowjetischen Roten Sterns, deren Methoden nach der Revolution von 1956 notgedrungen in gemilderter Form fortwirkten, dauerte bis 1989. Diese grobe und später die mildere Form der kommunistischen Diktatur beeinflussten systematisch unsere Gesellschaft. Die Gefangenschaft des freien Denkens, der freien Meinungsbildung und des freien Meinungs-austausches hatten die Gesellschaft, insbesondere die denkende

Hälfte des ungarischen Volkes, gelähmt. Die Intelligenz, die vor dem Krieg das geistige Leben repräsentierte, wurde aus ihren Ämtern gedrängt, nicht selten sogar physisch vernichtet. Die Schulen und das schulische Wissen gerieten unter die intensive Kontrolle der kommunistischen Partei. Man hatte die Geschichte umgeschrieben und offensichtliche Unwahrheiten verbreitet, um sich huldigen zu lassen. Die direkte und indirekte Gewalt hatte Vielen das Rückgrat verbogen und gebrochen. Man war gezwungen, das Vokabular des Parteiargons zu benutzen, Sachen nicht bei ihrem Namen zu nennen und die Unterdrücker als beste Freunde des Volkes darzustellen. Die ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten, die offensichtlichen Geschichtsfälschungen waren Tabus; unantastbar waren insbesondere die kommunistische Partei und deren Funktionäre, die totale Immunität genossen.

Nach diesen 40 Jahren, in denen die zweite, sogar die dritte Generation zu Welt kam, kam unvermittelt die Wende von 1989, die, wie ich meine, die ganze Gesellschaft unvorbereitet traf. Die einzigen, die sich auf diese Änderung wohl vorbereitet haben, waren die höheren Funktionäre der Partei. Sie haben sich vor allen Dingen materiell abgesichert, sie konnten sich Kraft ihrer Funktionen an dem Staatsvermögen schadlos halten, indem sie viele geschriebene und ungeschriebene Gesetze übertraten. Nach einer kurzen Periode der Unsicherheit haben sie nach und nach mit Hilfe ihres neugeborenen Reichtums auch die politischen Ämter wieder erlangt.

Da sich die erste MDF-Regierung – sagen wir – aus Naivität bei vielen wichtigen, die geistige und politische Erneuerung zu gewährleistenden Gesetzen über den Tisch hat ziehen lassen, blieb Vieles unausgesprochen. Die dadurch gefestigte Kategorisierung der Politik in Rechte und Linke und das damit verbundene Auseinanderdividieren der Bevölkerung hinderten und hindern bis heute unsere ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit.

Diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Aufarbeitung der Diktaturen von rechts und links, fand in Ungarn bis heute so gut wie nicht statt. Eine der Ursachen kann man in der systematischen Gehirnwäsche der kommunistischen Zeiten finden. Sie raubte den Menschen die alten moralischen Werte, so sind die wichtigen Orientierungspunkte verloren gegangen. Es wurde alles relativiert, und die Grundwahrheiten sind auf den Kopf gestellt worden. Schon Paulus verwies vor 2000 Jahren auf solche Machenschaften im 2. Brief an die Korinther: *„Denn solche sind falsche Apostel, betrügerische Arbeiter und verstellen sich als Apostel Christi. Und das ist auch kein Wunder; denn er selbst, der Satan, verstellt sich als Engel des Lichts“*.

Solche falschen Apostel fanden wir zu Zeiten der roten Diktatur zuhauf, die ihre Arbeit professionell getan haben. Die Auswirkung ist bis heute zu spüren. Die Leidtragenden, deren Urteilsvermögen die Diktaturen beeinflusst haben,

sind heute nicht mehr in der Lage, die Geschehnisse der letzten 40 Jahre ohne massive Vorurteile zu bewerten.

Die moralischen Regeln, die in all den Jahrhunderten durch die Erfahrungen und durch die Lehren der Kirchen entstanden und das gesellschaftliche Zusammenleben regelten, sind verschwunden, und die kommunistische Lehre konnte sie nicht ersetzen. Die Menschen brauchen aber zur Urteilsbildung Standards, sonst verliert man sich in den Alltagsproblemen. Umso mehr gilt dies für die Urteilsbildung hinsichtlich der Probleme der Vergangenheit. Wenn man nicht genau zwischen gut und schlecht unterscheiden kann, weil in unserer wirren Zeit vieles beliebig wurde, wird das Urteil über die kommunistischen Verbrechen auch nicht eindeutig ausfallen. Viele Leute ließen sich von dem bescheidenen Wohlstand, den die „lustigste Baracke des Ostblocks“ geboten hat, blenden. Mit dem auf sehr niedrigem Niveau entstandenen, scheinbaren Sicherheitsgefühl konnte der untere, weniger gebildete Teil der Gesellschaft zufrieden gestellt werden. Von diesen Leuten können wir nicht erwarten, dass sie nicht mit Nostalgie an die Kádár Ära zurückdenken, zumal sie auch die Verlierer der Wende von 1989-90 sind. Diese Leute haben den Boden unter den Füßen manchmal im wahrsten Sinne des Wortes verloren. Diese Schicht der Gesellschaft ist traditionell die leichte Beute der extremen Gedanken.

Die Ansichten der Menschen mit Bildung, der sogenannten Intellektuellen, sind mit der Zielrichtung der Vergangenheitsbewältigung auch problematisch. Grundsätzlich kann man hier zwei bis heute miteinander konkurrierende Gruppen erkennen. Die eine Hälfte sind die Mitläufer, die sich mit dem System abgefunden haben, der mehr oder weniger bevorzugte Teil der Mittelklasse, der eindeutig systemtragende Aufgaben wahrgenommen hat. Es sind sicherlich recht unterschiedliche Beweggründe, die den Einzelnen dazu veranlasst haben, sich so zu positionieren.

Die andere Hälfte der Menschen mit Bildung gehörte nicht zu dem bevorzugten Teil der Gesellschaft. Vielen von ihnen war durch ihre Herkunft oder auch durch ihre politische Orientierung die Möglichkeit verwehrt, an dem System konstruktiv mitzuarbeiten. Es waren hauptsächlich die Staatsbeamten, Offiziere, Polizisten sowie Fabrik-, Geschäfts- und Gutsbesitzer usw. und ihre Familien, die vor 1945 ihre Dienste verloren haben. Diese Leute bekamen in der von den Kommunisten erfundenen Klasseneinteilung die Bezeichnung X, die auch ihre Kinder mit all den dazu gehörenden massiven Nachteilen geerbt haben.

Es ist folgerichtig, dass die „Mitglieder“ der einen oder anderen Gesellschaftsschicht grundlegend verschiedene Sichtweisen auf ihre Vergangenheit besitzen. Viele sehen sich als Opfer der Nazizeit, andere Leute fühlen sich als Opfer der roten Diktatur. Ich habe mich nur mit dieser letzten Gruppe befasst. Ich muss feststellen, dass diese Menschen, die unter recht ähnlichem Vorwand, wie im Falle ihrer jüdischen Landsleute, aufgrund ihrer Herkunft und Ansichten

die größten Ungerechtigkeiten erleiden mussten. Nachdem die Periode der primären Strafe, der Internierung und des Gefängnisses vorbei war, – dies war um 1956 –, endete die Heimsuchung nicht. Man verfolgte die Freigelassenen mit polizeilichen Methoden weiter. Sie durften nur niedrigere Arbeit verrichten, die Bildungsmöglichkeiten der Kinder wurden drastisch eingeschränkt – sie wurden Bürger zweiter Klasse. Die Folgen sind noch heute durch extrem niedrige Renten zu spüren. Zu allem Überfluss hatte man ihnen zudem unter Strafandrohung den Mund verboten. So konnten sie ihrem Leiden keinen freien Lauf lassen, sie sind verstummt. Diese Leute sind zu Recht enttäuscht, fühlen sich von der Gesellschaft alleingelassen, da sie weder eine angemessene moralische, noch ausreichend materielle Wiedergutmachung erfahren haben.

So leben hier nebeneinander die Opfer von Rechts und Links, ihre Familien und Freunde, die miteinander nicht kommunizieren können. Und vergessen wir die heutige Jugend nicht, die weder in der Familie, noch in der Schule ein ausreichendes geistiges Rüstzeug bekam, um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu bestehen. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass die jungen Leute von heute, vielleicht aufgrund der unverschuldeten Unwissenheit, gar kein Interesse zeigen für diese uns wichtig erscheinenden Probleme.

Es ist zwar richtig, dass die kollektive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von Staats wegen geführt wurde, sie fiel aber recht einseitig aus. Schon nach 1945 hatte das kommunistische System versucht, den furchtbaren Leidensweg unserer jüdischen Landsleute darzustellen, jedoch mit bescheidenem gesellschaftlichem Echo. Kein Wunder, könnte man sagen, da zur selben Zeit die Ausgrenzung und Eliminierung eines beachtlichen Teils der Gesellschaft lief, der mit der neuen, gewaltsam eingerichteten Weltordnung nicht einverstanden war. Ihre Leiden konnten nie öffentliches Thema werden, und nach der Wende wurden sie förmlich vergessen.

Es ist zwar heute fast schon zu spät, solche klärenden Gespräche zu führen, jedoch bin ich überzeugt, dass gerade Konferenzen mit internationalem Ausblick – wie die heutige – einen praktischen Anstoß für die politische Erinnerungskultur geben könnten.

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Eötvös, Péter, Dipl.-Ing.

Péter Eötvös studierte Chemieingenieurwesen an der Technischen Universität Budapest und schloss sein Studium 1966 mit Diplom ab. 1969 flüchtete er in die Bundesrepublik Deutschland und arbeitete seit 1969 bis zu seiner Pensionierung bei der Hoechst AG in Frankfurt. Er war Betriebsleiter von verschiedenen Chemieanlagen der Großproduktion. Seit 1975 Mitglied der CDU.

Seitdem er 2000 in den Ruhestand trat, arbeitet Péter Eötvös in Ungarn ehrenamtlich in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Er ist Leiter der Arbeitsgruppe „Verbrechen des Kommunismus“ der Christlich Demokratischen Volkspartei Ungarns (KDNP), Präsident des Vereins der ehemaligen Zwangsarbeiter der Zwangsarbeitslager von Hortobágy und engagiert sich für die Weiterentwicklung der Demokratie in Ungarn.

Prof. Dr. HANSEN, Hendrik

Hendrik Hansen studierte Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Philosophie in Berlin und Paris. 1998 Promotion im Fach Volkswirtschaftslehre („Die wettbewerbsspolitische Beurteilung horizontaler Forschungs- und Entwicklungskooperationen“, Duncker & Humblot, 1999). 2007 Habilitation in Politikwissenschaft („Politik und wirtschaftlicher Wettbewerb in der Globalisierung. Kritik der Paradigmendiskussion in der Internationalen Politischen Ökonomie“, VS Verlag, 2008).

Gastprofessuren: University of Puget Sound, Tacoma, USA (Visiting Assistant Professor); Universität Erfurt (Vertretungsprofessur, Politische Theorie und Ideengeschichte); Regensburg (Vertretungsprofessur, Methoden der Politikwissenschaft). Seit September 2011 Inhaber der Professur für Politikwissenschaft II an der deutschsprachigen Andrassy Universität Budapest; seit September 2012 Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte (insb. politische Philosophie der Antike, Liberalismus), Internationale Politische Ökonomie, Totalitarismus und politischer Extremismus, Transformationsforschung und Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen.

JAHN, Roland

Roland Jahn war Mitbegründer der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena. Er protestierte gegen fehlende Meinungsfreiheit und die zunehmende Militarisierung in der DDR. Nach seiner Kritik an der Ausbürgerung Wolf Biermanns wurde er 1977 vom Studium der Wirtschaftswissenschaften exmatrikuliert. 1983 wurde er von der Stasi gegen seinen Willen aus der DDR geworfen. Von West-Berlin aus hielt er Kontakt zur DDR-Opposition und baute ein Informationsnetzwerk zwischen Ost und West auf. Für die ZDF-Redaktion „Kennzeichen D“ und das ARD-Magazin „Kontraste“ berichtete er über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in der DDR. Nach dem Fall der Mauer wurden die Folgen der SED-Diktatur eines seiner zentralen Themen als ARD-Redakteur. Im Januar 2011 wurde er vom Deutschen Bundestag zum neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Am 14. März 2011 trat er sein Amt an.

Prof. Dr. KLAUSMEIER, Axel

Axel Klausmeier studierte Kunstgeschichte, Neuere und Mittelalterliche Geschichte in Bochum, München und Berlin. 1999 Abschluss einer biographischen Dissertation über den englischen Architekten Thomas Ripley (1682-1758) und Promotion zum Dr. phil. 1999-2001 wissenschaftlicher Volontär bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. 2001-2006 Assistent am Lehrstuhl Denkmalpflege der BTU Cottbus; Arbeits- und Forschungsschwer-

punkte: „Unbequeme Baudenkmale“ sowie der Umgang mit und die Vermittlung von politisch belastetem baulichem Erbe. Mit Leo Schmidt führte er zwischen 2001 und 2003 die Dokumentation der Reste der innerstädtischen Berliner Mauer im Auftrag des Berliner Senates durch. 2006-2007 Oberassistent am Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich. 2007-2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Forschungsprojekt „Die Berliner Mauer als Symbol des Kalten Krieges: vom Instrument der SED-Innenpolitik zum Baudenkmal von internationalem Rang“ am Lehrstuhl Denkmalpflege der BTU Cottbus. Seit Januar 2009 Direktor der Stiftung Berliner Mauer. Honorarprofessor für Historische Kultur- und Erinnerungslandschaften an der BTU Cottbus.

Dr. März, Peter

Peter März studierte Geschichtswissenschaft, Germanistik und Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg. 1981 Promotion mit einem zeitgeschichtlichen Thema („Die zeitgenössische Diskussion in der Bundesrepublik über Stalin-Noten und Westintegration 1952“). Studienrat, dann berufliche Stationen im Bayerischen Innenministerium, in der Bayerischen Staatskanzlei, in der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und nunmehr Referatsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu zeitgeschichtlichen wie übergreifenden historischen Fragestellungen, darunter Monographien über Kanzler und Kanzlerschaften in Deutschland, den Ersten Weltkrieg, Geschichtsbilder und Geschichtswahrnehmungen in Deutschland. Derzeit befasst u.a. mit der Wirkungsgeschichte des Ersten Weltkrieges und dem anstehenden Jubiläum in Deutschland „500 Jahre Reformation“ (2017). Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik in München.

SPENGLER, Frank

Nach Bundeswehr und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg mit Abschluss als Diplom-Volkswirt war Frank Spengler zunächst Mitarbeiter im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg, Abteilung Wirtschaftspolitik. Von 1981 bis 1996 war er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst in Tansania, später in Simbabwe und schließlich in Südafrika. Zwischen 1989 und 1990 war er zusätzlich Projektkoordinator der Stiftung in Sambia, zwischen 1988 und 1992 zudem auch Koordinator für das Wirtschaftspolitische Sonderprogramm der Stiftung in Afrika. Nach 1996 leitete er bis 1999 die Abteilung Nordamerika/Europa/Japan des Arbeitsbereichs Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1999 bis 2004 war er als Leiter der Außenstelle Prag/Tschechische Republik und des Verbindungsbüros Bratislava/Slowakische Republik der Stiftung tätig. Zwischen 2004 und 2006 war er Leiter des KAS-Büros in Ankara/Türkei. Danach bekleidete er bis 2012 den Posten des Stellv. Leiters der Abteilung International Zusammenarbeit (später Europäische und Internationale Zusammenarbeit). Seit 2012 ist er Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Prof. Dr. WILKE, Manfred

1960-67 Lehre als Einzelhandelskaufmann, Verkäufer, Auslieferungsfahrer. 1967-70 Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg (Sozialwirt grad.), danach Studium der Pädagogik, Politologie und Soziologie an der Universität Hamburg. 1976 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Bremen. 1974-76 wissenschaftlicher Angestellter an der HWP, 1976-80 Assistent an der Technischen Universität Berlin. 1980-81 Landesgeschäftsführer der GEW in Nordrhein-Westfalen. 1981 Habilitation an der Freien Universität Berlin im Fach Soziologie; Privatdozent. 1982-85 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin. 1985-2006 Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin. 1992-2006 wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität. Externer Projektleiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin 2007-2010, freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz, Österreich.